



Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften

Institut für Soziologie

Raj Kollmorgen

Missachtung und Diskurs

Zur diskursiven Konstruktion von Anerkennung und Missachtung der
Ostdeutschen nach der Vereinigung

A r b e i t s b e r i c h t Nr. 51

Internet-Fassung

November, 2008

ISSN-1615-8229

Zur Reihe der Arbeitsberichte

Die „Arbeitsberichte“ des Instituts für Soziologie versammeln theoretische und empirische Beiträge, die im Rahmen von Forschungsprojekten und Qualifikationsvorhaben entstanden sind. Präsentiert werden Überlegungen sowohl zu einschlägigen soziologischen Bereichen als auch aus angrenzenden Fachgebieten.

Die Reihe verfolgt drei Absichten: Erstens soll die Möglichkeit der unverzüglichen Vorabveröffentlichung von theoretischen Beiträgen, empirischen Forschungsarbeiten, Reviews und Überblicksarbeiten geschaffen werden, die für eine Publikation in Zeitschriften oder Herausgeberzwecken gedacht sind, dort aber erst mit zeitlicher Verzögerung erscheinen können. Zweitens soll ein Informations- und Diskussionsforum für jene Arbeiten geschaffen werden, die sich für eine Publikation in einer Zeitschrift oder Edition weniger eignen, z. B. Forschungsberichte und Dokumentationen, Thesen- und Diskussionspapiere sowie hochwertige Arbeiten von Studierenden, die in forschungsorientierten Vertiefungen oder im Rahmen von Beobachtungs- und Empiriepraktika entstanden. Drittens soll diese Reihe die Vielfältigkeit der Arbeit am Institut für Soziologie dokumentieren.

Impressum:

Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität

Herausgeber:

Die Lehrstühle für Soziologie der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Anschrift:

Institut für Soziologie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
„Arbeitsberichte des Instituts“
Postfach 41 20
39016 Magdeburg

Sämtliche Rechte verbleiben bei den Autoren und Autorinnen.

Auflage: 150

*Redaktion: Prof. Dr. Barbara Dippelhofer-Stiem
Prof. Dr. Heiko Schrader*

Anmerkung:

Ein Teil der Publikation ist im Internet abgelegt unter <http://www.unimagdeburg.de/isoz/publ/Arb.htm>

Schutzgebühr: 2,50 €

*Herstellung: Dezernat Allgemeine Angelegenheiten
Sachgebiet Reproduktion*

Missachtung und Diskurs

Zur diskursiven Konstruktion von Anerkennung und Missachtung
der Ostdeutschen nach der Vereinigung

Raj Kollmorgen

Dass die Ostdeutschen um und mit ihrer Anerkennung in der deutschen Gesellschaft ringen, ist seit spätestens Anfang 1991 ein gesellschaftspolitisches Faktum. Noch die Auseinandersetzungen um „Hartz IV“ (2004-2006), um die damit verbundenen Regelsätze des Arbeitslosengeldes II (ALG II) oder die Äußerungen Edmund Stoibers im letzten Bundestagswahlkampf (2005) zu den „frustrierten Ostdeutschen“, die nicht über das Wohl und Wehe der Republik entscheiden dürften, unterstreichen die anhaltende Existenz und Brisanz des Themas.

Im Folgenden soll nicht der Gesamtkomplex der ostdeutschen Anerkennungs- bzw. Missachtungsproblematik aufgegriffen werden. Vielmehr möchte ich mich auf zwei Aspekte der in meinen Augen ambivalenten Anerkennungslage der Ostdeutschen konzentrieren: zum einen auf die Dimension sittlicher und soziokultureller Missachtung, zweitens auf deren diskursiven Charakter. Dabei wird nach einer einführenden Erläuterung sozialer Anerkennungsverhältnisse (1.) und der deutsch-deutschen Problemdimension (2.) zunächst auf die rechtlichen Anerkennungsambivalenzen eingegangen (3.), die als (wesentliche) Voraussetzung und „Anderes“ sittlicher Anerkennung diskutiert werden. Es folgt dann eine mehrstufige Problematisierung der sittlichen Missachtungen Ostdeutscher, deren diskursiver Konstruktionsprozesse sowie Folgen, wie sie sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten entwickelt haben (4., 5.). Ein Resümee zur ostdeutschen Subalternität und ihrer Ambivalenzen unter Einbezug einer europäischen Perspektive (5.) sowie eine Diskussion möglicher Begrenzungs- und Gegenstrategien (6.) beschließen den Beitrag.*

1. Soziale Anerkennungsverhältnisse

Ich definiere in Anlehnung an Honneths Theoretisierungsversuch (vgl. Honneth 1994: 110) Anerkennung als ein *Sozialverhältnis, in dem sich Individuen bzw. Individuengruppen wechselseitig in ihrer Selbsttätigkeit und Identität bestätigen, wodurch sie komplementär zu einem Verständnis und positiver Akzeptanz als autonom Handelnde, als ihre kollektiven*

* Ich danke Barbara Dippelhofer-Stiem und Heiko Schrader für hilfreiche Kritik, Kommentare und Anregungen. Diese haben mir erneut gezeigt, dass die Auseinandersetzung mit diesem Thema keineswegs abgeschlossen ist. Der Text versteht sich in diesem Sinne als ein – zuweilen polemischer – Beitrag in der wissenschaftlichen und darüber hinaus politischen Debatte. Der Essay beruht in Teilen auf einem Aufsatz, der im „Deutschland Archiv“, Heft 3/2007, erschienen ist. Eine leicht veränderte Fassung wird in einem Sammelband enthalten sein, der unter dem Titel: Transformation und Europäisierung. Eigenarten und (Inter-)Dependenzen von postsozialistischem Wandel und europäischer Integration“ (Hg. Moritz Brunn et al.) in Kürze beim LIT-Verlag Münster erscheint.

Welten und sich selbst verändernde Subjekte gelangen. Anerkennung ist – wie es sich auch in der Alltagssemantik eingelagert findet – von vornherein normativ besetzt, genauer: verkörpert einen *positiven normativen Anspruch*. Mangel an Anerkennung soll als *Missachtung* bezeichnet werden. Dabei stehen Anerkennung und Missachtung in einem Komplementaritätsverhältnis zueinander und bewegen sich in einem Kontinuum, woraus Übergangsformen resultieren (wie Nicht[be]achtung). Totale Missachtung ist menscheitsgeschichtlich die Ausnahme und bedeutet die (im Grenzfall: physische) physische Auslöschung des Individuums als Subjekt. Liebe kommt vollkommener Anerkennung wahrscheinlich am nächsten. Als Dauerzustand ließe Letztgenannte aber für Kritik und Konflikt keinen Platz und schlosse daher individuelle Entwicklung aus. Werden Individuen missachtet, reagieren sie darauf mit verschiedenen Mitteln, versuchen sich zu entziehen, aktiv zu widerstehen oder kollektiv alternative Anerkennung zu erlangen (ibid.; vgl. auch Habermas 1999; Honneth/Fraser 2003; Heitmeyer/Imbusch 2005).

Dieser soziomoralisch orientierte Zugang zum Anerkennungsproblem bedarf allerdings einer interessen- wie diskursanalytischen Erläuterung bzw. Schärfung. Trotz ihres soziomoralischen Charakters bewegen sich Anerkennungsverhältnissen *nicht jenseits von Interessen*. Interessengeleitetes Handeln bedeutet idealtypisch zweckrationales, subjektiv nutzenorientiertes Handeln, wobei der je andere entweder Mittel zum Zweck ist oder Grenzen der Zweckverfolgung markiert und auch nur so (*an*)*erkannt* wird. Anerkennungs- und Interessenverhältnisse sind – auch wenn sie zunächst vollkommen diskriminierbar scheinen – in der sozialen Praxis wechselseitig aufeinander bezogen und durchdringen sich. Insofern schließen intersubjektive Anerkennungsverhältnisse an Interessenverfolgungen an und müssen sich auch in Interessenbefriedigungen und Interessenausgleich niederschlagen. Eine nur symbolische soziomoralische Anerkennung und Integration ohne Zuweisung (und d.h. immer auch Umverteilung) angemessener, autonom verfügbarer stofflich-gegenständlicher Ressourcen muss fleischlos und am Ende ein leeres Versprechen von *Selbstbetätigung* bleiben (kontrovers: Honneth/Fraser 2003). Anerkennungsverhältnisse erscheinen nicht zuletzt vor diesem Hintergrund als *diskursiv konstituierte* und *hegemonial umkämpfte* soziale Praxen. Anerkennungsverhältnisse werden damit erstens in sinnhaften Differenzsystemen – als Innen-Außen-Differenzen und durch Relationierungen der Elemente (Zeichen) des Diskurses – unablässig und nicht abschließbar erzeugt und verändert. Zweitens unternehmen „Subjekte“, die Positionen im Diskurs besetzen, ebenso unablässig den Versuch, die offenen Diskurse zu schließen, um Identität und damit Handlungssicherheit – auch gegenüber anderen („Fremden“, „Konkurrenten“, „Feinden“) – zu gewährleisten. Darin finden Zeichensetzungs- und Zeichenbesetzungsprozesse bis zur Bildung von Bedeutungsketten und so genannten „leeren Signifikanten“ statt. Letzteres verweist, drittens, auf die Möglichkeiten, Diskurse *hegemonial* zu gestalten, d.h. eine imaginäre Einheit des Diskurses machtpolitisch zu organisieren, eigene Identitäten und Interessen unter Ein- ggf. auch Unterordnung Dritter durchzusetzen und auszubauen. Dazu werden sowohl verbale als auch nonverbale Positionen, Mittel und Ressourcen genutzt und zugleich reproduziert wie Entscheidungspositionen in Wirtschaft und Bürokratien, polizeiliche Gewalt, Diskursformierungen in und durch

Massenmedien und Wissenschaften (z.B. als Ideologieproduktion und –kommunikation) oder die Programmierung und Kontrolle von Erziehungssystemen (grundlegend: Laclau/Mouffe 2000; Laclau 1991; auch Angermüller/Bunzmann/Nonhoff 2001; als praxeologische Variante: Bourdieu 1987, 1998, 2005).

Sowohl Anerkennung wie Missachtung und daraus folgende Reaktionen weisen in der Geschichte eine große Formenvielfalt auf und verfügen über unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten.¹ Idealtypisch lassen sich drei grundlegende Anerkennungsformen in modernen Gesellschaften unterscheiden: *Liebe (bzw. Freundschaft)*, *Rechtsverhältnisse* und *soziale Wertschätzung bzw. Sittlichkeit* (vgl. Honneth 1994: 211, s. Übersicht 1).

Übersicht 1: Typologie sozialer Anerkennungs- und Missachtungsverhältnisse

Anerkennungsform	<i>Liebe (Freundschaft)</i>	<i>Rechtsverhältnisse</i>	<i>soziale Wertschätzung („Sittlichkeit“)</i>
Anerkennungsmodus	emotionale Zuwendung und Verbindung	liberale, partizipative, soziale Anspruchs-Rechte	soziomoralische, soziokulturelle Anerkennung und Integration (Solidarität)
Objekt(bereich)	Individuen; Kleingruppen	(ggf. ausgewählte) Mitglieder einer Rechtsordnung	soziale Gruppen unterschiedlichster Art/Bestimmungsform (von Geschlecht, Ethnie bis soziale Klasse)
Entwicklungspotentiale	-	Ausweitung Verallgemeinerung	Egalisierung und Differenzierung („Individualisierung“)
Missachtungsformen	<i>Misshandlung, Vergewaltigung</i>	<i>Entrechtung bzw. rechtlich begründete Exklusionen</i>	<i>soziale/soziokulturelle Entwürdigung und Exklusion</i>
Reaktionsformen (auf Missachtung)	Flucht, Liebesentzug, Widerstand, Gegengewalt	soziopolitischer Widerstand und Kampf (auch gewaltförmig), rechtliche Klage	Rückzug (Gettoisierung), Kampf um öffentliche Anerkennung, soziokultureller Austausch und Inklusion

2. Ostdeutsche als „Bürger zweiter Klasse“

Ausgangspunkt der Problematisierung des ostdeutschen Falls ist das unverkennbare Spannungsverhältnis zwischen dem spätmodernen, wohlfahrtsdemokratischen Anspruch einer vollen, umfassenden und darin zugleich differenzierenden Anerkennung der Ostdeutschen im bundesrepublikanischen Gemeinwesen² und den von vielen Ostdeutschen angemahnten Anerkennungsdefiziten, die sich von rechtlichen, politisch-partizipativen und ökonomischen bis hin zu sozialstrukturellen und soziokulturellen Missachtungen erstrecken sollen. Neben dem so genannten „Kolonialisierungsdiskurs“, in dem von Teilen der ost- und westdeutschen

¹ Während Liebe als anthropologisch grundlegendes und ubiquitäres, gleichwohl Formenwandel erfahrendes Anerkennungsverhältnis zu begreifen ist, können seit dem Beginn der westeuropäischen Moderne im Recht (vgl. Marshall 1992) sowie innerhalb der Sittlichkeit Entwicklungsschritte unterschieden werden, die sich in eine Entwicklungslogik einordnen lassen (vgl. Honneth 1994: 227ff.; Kollmorgen 2005: 139-142).

² Ein solcher spätmodern-wohlfahrtsdemokratischer Anspruchshorizont findet sich in der Bundesrepublik konzentriert im Grundgesetz formuliert, das sich darin seit 1949 substantiell entwickelt hat. Konzeptuell-normative Begründungsversuche finden sich bei Marshall 1992; Habermas 1990, 1992 oder jüngst in einer multidimensionalen Variante bei Fraser (Fraser/Honneth 2003).

„Linken“ seit 1990 die These einer Übernahme Ostdeutschlands durch das westdeutsche Großkapital und die politischen Eliten vertreten wird (z.B. Dümcke/Vilmar 1995; Bollinger et al. 2000), sowie zahlreichen Klagen gegen Regelungen des Einigungsvertrages durch sich entrechtet sehende Ostdeutsche, dürfte das in der Umfrageforschung konstatierte ostdeutsche Bewusstsein eines „*Bürgers zweiter Klasse*“, also einer systematischen sozialen Ungleichheitserfahrung als Angehöriger der ostdeutschen Teilpopulation, sowohl repräsentativster wie konzentriertester Ausdruck der Wahrnehmung westdeutscher Missachtung sein (Tab. 1).³

Tabelle 1: Selbsteinschätzung Ostdeutscher als „Bürger zweiter Klasse“ (1990-2007)

	1990	1993	1997	2001	2007
<i>Frage: Trotz Vereinigung werden die Ostdeutschen in der Bundesrepublik noch eine Weile Bürger zweiter Klasse bleiben (Anteile der Ja-Antworten in v.H.)</i>	92%	83%	82%	74%	74%*

Quelle: Gensicke 2001: 399, Tab. 1. * Nach einer Emnid-Umfrage vom September 2007, bei der nach einer „Benachteiligung“ als Ostdeutscher gefragt wurde (Süddeutsche Zeitung vom 01.10.2007, <http://www.sueddeutsche.de/tt9m14/deutschland/artikel/956/135692/>).

Wenn nach siebzehn Jahren staatsrechtlicher Einheit noch drei Viertel aller befragten Ostdeutschen einen subalternen Status für sich erkennen, lässt sich ein Anerkennungsproblem nicht leugnen, zumal diese Daten durch andere, auch qualitative Studien gestützt werden (z.B. Alheit 2005; Engler 1999; Gensicke 1998; Pollack 2003; Szejnmann 2004; Zoll 1999).

3. Rechtliche Anerkennungsambivalenzen: Staatsbürger und Wohlfahrtsstaatsbürger

Auch wenn im Folgenden soziokulturelle Missachtungen im Zentrum stehen, sind zunächst als deren „Anderes“ – deren Resultat, aber auch Voraussetzung (vgl. 5.) – die rechtlichen Anerkennungsverhältnisse zusammenfassend zu problematisieren (Kollmorgen 2005: 141ff.).

Im Bereich der liberalen und politisch-partizipativen Rechte genießen die Ostdeutschen als Staatsbürger einerseits prinzipiell dieselben Rechte wie die Westdeutschen. Andererseits wurden ihnen nicht nur durch die Regelungen des Einigungsvertrages (EVtr) temporär bestimmte Rechte genommen oder doch nur eingeschränkt zugestanden. Zu erinnern ist an die Einschränkungen im Arbeitsrecht (wie außerordentliche Kündigungsgründe, „Warteschleife“), im Mietrecht (außerordentliches Kündigungs- und Modernisierungsrecht), im Recht der freien Berufswahl (Notwendigkeit der separaten Anerkennung von Berufsabschlüssen) oder im Eigentumsrecht ([Re-]Privatisierung Volkseigener Betriebe, landwirtschaftlicher Grundstücke, von Wohn- und Gartenhäusern usw.) (vgl. Röper 2005).

³ In einer Längsschnittstudie, die Peter Förster seit 1987 durchführt, wird für die Altersgruppe der heute etwa 30-Jährigen deutlich, dass sich die Erfahrungen, als „Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden“, seit 1995 kaum verändert haben. Sie bewegten sich für die Antwortmöglichkeit „ohne Einschränkung“ zwischen 18% (2003) und 26% (1998). 2005 waren es 22%. Unter Einbeziehung jener, die „mit Einschränkung“ zustimmten, waren es 1995 zusammen 52%, 2005 insgesamt 51% (Förster 2006: 85, Tab. 2.16).

Für die sozialen oder wohlfahrtsstaatlichen Anspruchsrechte lässt sich eine vergleichbare Ambivalenz konstatieren. Auf der einen Seite bewegen sich die Ostdeutschen nach Abschluss der kurzen Phase der Umstellungen und Einpassungen (1990-1992) in den gleichen wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Umverteilungssystemen wie die Westdeutschen. Auf der anderen Seite sind bis heute wohlfahrtsgesellschaftliche Minderleistungen für sie zu registrieren. Der über zwei Jahre (2004-2006) geltende geringere Regelsatz für ostdeutsche ALG II-Empfänger – 331 Euro gegenüber 345 Euro im Westen – ist nur ein prominentes Beispiel. Unterschiedliche Lohn-, Gehalts- oder Stipendienhöhen verweisen ebenso auf das gleiche Muster wie fortbestehende so genannte „Buschzulagen“, d.h. von ostdeutschen Regelsätzen nach oben abweichende Gehälter für Beamte aus den alten Bundesländern.⁴

Aus beiden „Rechtsminderungen“ einen *beherrschenden Zug* sozialer Missachtung zu konstruieren, ist selbstverständlich möglich, unterschlägt aber zwei *gesellschaftliche Bedingungsgefüge und Einbettungen*: Bezogen auf die liberalen Rechte (Freiheit, Eigentum, Beruf usw.) war eine An- und Einpassung des DDR-Rechts an das bundesrepublikanische vor dem Hintergrund des von der Mehrheit der DDR-Bürger und ihrer Vertreter *gewählten* Beitritts zur Bundesrepublik unumgänglich. Innerhalb eines Rechtssystems kann es längerfristig nicht parallele und dabei konfligierende Rechte (Eigentumstitel, Nutzungsrechte, Berufsbezeichnungen etc.) geben. Dass in solchen Transformationsprozessen bestimmte individuelle und Gruppenrechte aus der Perspektive erworbener Ansprüche eingeschränkt und insofern „missachtet“ werden, ist jedenfalls bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich.

Den minderen sozialen Anspruchsrechten Ostdeutscher sind die enormen *finanziellen Transferleistungen* gegenüberzustellen, die überhaupt erst eine Realisierung selbst der partiell minderen Wohlfahrtsansprüche ermöglichen. Die Ostdeutschen erwirtschaften in den neuen Ländern eben nur ca. 70-85% dessen, was sie mittel- und unmittelbar konsumieren – über direkte und indirekte Einkommen, Sozialversicherungsleistungen, staatliche Infrastrukturmaßnahmen und außerordentliche Förderprogramme wie den „Solidarpakt“. Ohne die wohlfahrtsstaatlichen Transferflüsse, die sich für den Zeitraum von 1990 bis 2005 auf ca. 1 Billion Euro netto summieren bzw. jährlich ca. 75 Mrd. Euro betragen (vgl. zur Debatte: Schroeder 2004; Busch/Schneider 2000; Busch 2005), hätten demnach bis heute die bestehenden Anspruchsrechte der Ostdeutschen *nicht* finanziert werden können.⁵ Insofern lässt sich mit guten Gründen von einer *außerordentlichen sozialrechtlichen Anerkennung* der Ostdeutschen auf dem Wege sozialstaatlicher Umverteilung sprechen, deren effektive Kosten von der Masse der *westdeutschen* Steuerzahler getragen werden – wiewohl auch alle

⁴ Ich verzichte in diesem Kontext bewusst auf eine breitere Diskussion der Kaufkraftunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Diese relativieren zwar Minderleistungen angesichts der heute (2004) in den alten Ländern im Durchschnitt um 6,5% höheren Lebenshaltungskosten (vgl. Waldermann 2007). Dieser Durchschnitt wird aber durch unterschiedliche Siedlungsstrukturen (Großstadt vs. ländliche Räume) und regionale Wachstumspositionen (München vs. Bremen oder Ruhrgebiet) gebrochen, deren Effekte auf den Verbraucherpreisindex bis zu 40% betragen. Obwohl Spitze und unterste Ränge jeweils allein von West- bzw. Ostkreisen belegt werden, betragen auch *innerhalb* beider Landesteile die Differenzen bis zu 30% (ibid.; vgl. Datenreport 2006).

⁵ Zwei soziale Gruppen Ostdeutscher zählen dabei zu den außerordentlich Begünstigten, wie sowohl ein Vergleich mit den Lebenslagen *vor* 1989 bzw. mit heutigen in Mittelosteuropa eindrucksvoll belegt: Rentner bzw. Pensionäre sowie Arbeitslose – letztere trotz der Hartz-Gesetze.

ostdeutschen Steuerzahler (nicht zuletzt über den „Solidaritätsbeitrag, kurz: „Soli“) am Aufkommen der Transfers beteiligt sind.

Die konkreten Modi und Verteilungen der wohlfahrtsstaatlichen Transferzahlungen wie die Tarifpolitik, in der 1991 zunächst eine volle Lohnangleichung bis Ende 1994 vereinbart wurde, die aber bis heute auf sich warten lässt, zeigen aber auch, dass wohlfahrtsgesellschaftliche Anerkennungen *ökonomisch* fundiert werden müssen. Darüber hinaus lassen sie deren Verknüpfung, ja Amalgamierung mit *Interessen und Interessenpolitik* erkennen, wodurch Anerkennungsverhältnisse zwar nicht suspendiert, aber relationiert und eingebettet werden. Auf zwei Zusammenhänge ist im vorliegenden Kontext insbesondere hinzuweisen:

(1) Die Mehrheit der westdeutscher Eliten ging nicht nur davon aus, dass sich im Osten durch die Befreiung von kommandowirtschaftlichen Fesseln gleichsam über Nacht „blühende Landschaften“ herstellen, sondern formulierte ihre Solidaritätsadressen und –politiken von vornherein in machtpolitischer Absicht. Das betrifft die herrschenden politischen Eliten mit ihren Interessen an Machterhalt und Machtexpansion ebenso wie die ökonomischen Führungsgruppen. Unternehmer, Manager und Verbandsfunktionäre hatten nicht nur das nunmehr „herrenlose“ Volkseigentum, sondern auch die Eingliederung Ostdeutschlands als Absatzmarkt und (öffentlich geförderte) Investitionsstätte im Auge. Der frühe Lohnangleichungspakt verdankt sich vor diesem Hintergrund nicht zuletzt dem Ziel, Billiglohn- und Billigproduktkonkurrenz im eigenen Land weitgehend auszuschließen. Die Eliten kalkultierten einen *Vereinigungsmehrwert*, der für die westdeutsche Volkswirtschaft und für sie selbst die politischen und ökonomischen Kosten deutlich übersteigen sollte.⁶ Freilich, die Ostdeutschen zeigten keineswegs eine geringere Interessenorientierung im Vereinigungsprozess. In ihrer überwältigenden Mehrheit wählten sie die schnellstmögliche Vereinigung weder aus sittlichen noch patriotischen Gründen, sondern in der Absicht, an dem im Westen sichtbaren Massenwohlstand, an den umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Rechten zu partizipieren. In Verkennung der westdeutschen Realitäten und der noch nicht sichtbaren *Deindustrialisierung* und folgenden Massenarbeitslosigkeit in den neuen Ländern wurde diesem Begehren von der Masse der Bevölkerung das „Recht auf Arbeit“ sang- und klanglos geopfert.

(2) Letzteres ist auch ein Hinweis auf die *volkswirtschaftlichen* und wohlfahrtsstaatlichen *Umverteilungsgrundlagen* sozialer Anspruchsrechte. Zwar kann aus der Perspektive der Ostdeutschen zu Recht auf den durch westdeutsche Staats- und Kapitalinteressen mitbedingten industriellen Niedergang als Voraussetzung für die Notwendigkeit der massiven Transfers verwiesen werden. Ein Vergleich mit Tschechien oder Ungarn macht aber deutlich,

⁶ In diesem Zusammenhang ist, ohne dies hier vertiefen zu können (vgl. Busch 2005), auf die höchst ungleiche Verteilung der Gewinne und Lasten des Transfers zwischen den Bevölkerungsgruppen und Schichten zu verweisen. Die im engeren Sinne Vereinigungs- bzw. Transfergewinner bewegten sich vermutlich im Bereich von 10% der (vor allem, aber nicht nur: westdeutschen) Bevölkerung. Während die abhängig Beschäftigten im unteren und mittleren Einkommenssegment relativ am meisten verzichten mussten (durch Solidaritätszuschlag und höhere Sozialversicherungsbeiträge), konnten sich Selbständige und generell Angehörige der Oberschicht stärker entziehen bzw. durch exorbitante steuerliche Sonderabschreibungsmöglichkeiten bei Investitionen im Osten vor allem im Immobilienbereich Verluste kompensieren oder effektiv profitieren.

dass der postsozialistische Wirtschaftseinbruch mindestens ebenso durch die Qualitäts- und Produktivitätsrückstände staatssozialistischer Ökonomien verursacht wurde. Im Unterschied zu den neuen Ländern erhielten aber alle mittel- und osteuropäischen Länder zusammen aus dem Westen in den ersten fünf Jahren nach 1989 einen „Solidaritätstransfer“, der gerade einmal dem durchschnittlichen Jahresbetrag des deutsch-deutschen entsprach, also etwa 75 Mrd. Euro. Dabei wurden nicht unbeträchtliche Mittel des Transfers in die neuen Länder zur Infrastruktur- und Produktionsmodernisierung genutzt, was dazu führte, dass die ostdeutschen Unternehmen hinsichtlich Produktivität und Profitabilität im Durchschnitt zwar noch hinter den westdeutschen rangieren (je nach Berechnungsgrundlage zwischen etwa 65 und 75%; vgl. Pohl 2002: 37; Sozialreport 2004: 68), aber zugleich deutlich vor den mittelosteuropäischen. Insofern ist es offensichtlich auch zu einfach, die Produktionsseite des Transfers nur als Verlustgeschäft für die Ostdeutschen zu bewerten.

Darüber hinaus ist aber aus west- und gesamtdeutscher Perspektive zu problematisieren, was ein hundertprozentiges sozialrechtliches Anspruchsniveau schon 1990 bedeutet hätte und selbst heute noch bedeuten würde. Allein für die im engeren Sinne sozialstaatlichen Leistungen bedeutete dies gegenwärtig eine Erhöhung der Transfers um weitere 10-25 Mrd. Euro jährlich. Dies und eine volle Lohnangleichung zögen darüber hinaus Produktivitäts- und Profitabilitätseinbußen für die west-, vor allem aber für die oft noch immer am Rande der Rentabilität agierenden *ostdeutschen* Betriebe nach sich, die im europäischen und globalen Wettbewerb nicht folgenlos bleiben würden. Schließlich ist auf die Probleme von Transferökonomien und Transferwohlfahrtsregimen hinsichtlich der Entwicklung selbsttragender Wachstumsmuster, einschließlich der Etablierung und Verfestigung wohlfahrtsstaatlicher Alimentierungsklassen aufmerksam zu machen. Der gesamte Kreis damit verbundener Fragen ist alles andere als trivial. Er reicht zudem über die Vereinigungsproblematik hinaus und lässt sich weder mit simplen neoliberalen noch linkskeynesianischen Gesellschaftsmodellen bzw. Rezepten beantworten. Im Kern geht es hier um die Entstehung und Begründung einer *neuen* postfordistischen Regulierungsweise bzw. Wirtschafts- und Sozialmodells (dazu Kollmorgen 2005: 245ff. vgl. Land 2003; Baethge et al. 2005).

Für den vorliegenden Kontext bleibt einstweilen resümierend der Befund einer *komplexen*, dabei *ambivalenten rechtlichen Anerkennungslage Ostdeutscher*. Volle Gleichstellungen bei den liberalen und partizipativen Rechten, die in einem demokratischen Staatswesen auch zwingend geboten sind, bewegen sich neben temporären Suspendierungen mit zum Teil anhaltenden Nachwirkungen (Stichwort Eigentumsrechte). Der prinzipiellen Integration als Wohlfahrtsstaatsbürger und den enormen finanziellen Transfers, die für eine breite Anerkennung und Solidaritätsorientierung der westdeutschen Bevölkerung und politischen Klasse sprechen, stehen vielfältig bedingte, begründete und bestrittene soziale Minderleistungen gegenüber. Deren Berechtigung ist offenbar nicht en bloc zu diskutieren, sondern bedürfte einer detaillierten Analyse, die hier nicht zu leisten ist (vgl. Priewe 2001; Pohl 2002; Bundesregierung 2004, 2007; Dohnanyi/Most 2004; Busch 2005). In jedem Fall können sie als Gesamtphänomen eingedenk ihrer notwendigen *sozioökonomischen Einbettung*

und Fundierung nicht schlicht als Ausdruck westdeutscher soziomoralischer Missachtung interpretiert werden. Westdeutsche Verweise auf arme Regionen in Westdeutschland oder auf gegenwärtige fiskalische und volkswirtschaftliche Systemrationalitäten sind a priori keine Zeichen mangelnder spätmoderner Sittlichkeit, bei der es sich – um dies noch einmal klarzustellen – nicht um eine kommunistische, sondern im Kern bürgerlich-kapitalistische handelt, die nicht zuletzt auf konkurrenzbasierten meritokratischen Anerkennungsprinzipien beruht (vgl. 5.).

4. Sittliche Missachtungen und ihre diskursiven Konstruktionen

In der Problematisierung der sittlichen Anerkennung bzw. sozialen Wertschätzung der Ostdeutschen interessiert nicht nur deren Eigenart, sondern auch, ob sie eine einfache Folge der rechtlichen Anerkennung bzw. Missachtung sind oder ob das Umgekehrte gilt? Sind sie so intendiert zu realisieren, so einer Entscheidung zugänglich wie Rechtsansprüche oder folgen sie einer anderen Logik sozialer Praxis? Ich beschränke mich in der Diskussion auf zwei wichtige Felder bzw. Formen.

4.1 Positionale Missachtung durch Exklusion: Ostdeutsche in der Elitenrekrutierung

Dass und warum Anerkennungsverhältnisse über die rechtliche und ökonomische Sphäre hinausreichen und durch deren Regelungen nicht in Gänze determiniert oder eingeholt werden, verdeutlichen zunächst Missachtungsphänomene im Bereich der Elitenreproduktion bzw. -zirkulation. Wohlfahrtsdemokratische Anerkennungsverhältnisse verlangen idealtypisch, dass weder bestimmte sozialstrukturelle Gruppen (wie Frauen oder Angestellte) noch wie immer ausgezeichnete Minderheiten in ihrem Zugang zu gesellschaftlichen Elitepositionen beschränkt werden. Aus formeller, also rechtlich zu regelnder Offenheit und Chancengleichheit soll dann auch faktisch eine angemessene Vertretung „horizontal“ differenzierter Gruppen (nach Geschlecht, Region, Alter, Beruf etc.) sowie – insbesondere intergenerational – die Aufnahme von (vormaligen) Unter- bzw. Mittelschichtangehörigen in die Positionseliten resultieren, d.h. eine sozialstrukturell breite Elitenzirkulation bzw. hohe vertikale Mobilität stattfinden.

Diese Forderung findet sich für die Ostdeutschen eindeutig *nicht* erfüllt. Sie sind – bis auf das Feld der politischen Delegationseliten (vgl. Derlien 2001) – in allen Bereichen der Positionseliten unterrepräsentiert, in einigen sogar dramatisch, d.h. zwischen 0 und 5% bei einem Bevölkerungsanteil von 18%. Das gilt für die Militär- und Polizeiführung, die obersten Gerichte, für die vor allem geistes- und sozialwissenschaftlichen Eliten (Professorinnen und Professoren, Leiter außeruniversitärer Institute), für die Chefredaktionen der überregionalen Massenmedien, aber auch für die Vorstandsebene mittelständischer und großer Unternehmen (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2: Herkunft der Eliten in Ostdeutschland (OD) 1989-2004 (jeweils Anteile Ostdeutscher in v.H.)

<i>Sektor und Ebene/konkreter Bereich</i>	<i>1994/95</i>	<i>2003/04</i>
<i>Politik</i>		
Bundesregierung (Bundeskanzler, Minister)	12	7
Vorstände der Bundestagsparteien (ohne CSU und PDS)	-	13
Gewerkschaften (Vorsitzende und Stellv. der Einzelgewerkschaften im DGB)	-	6
<i>Justiz</i>		
Bundesrichter	0	0
Vorsitzende Richter aller Gerichte <i>in OD</i>	0	3
<i>Verwaltung</i>		
Bundesspitzenbeamte (beamtete Staatssekretäre des Bundes)	0	4
<i>Bundeswehr</i>		
Generäle	0	0
Obersten	0	0
Obererstleutnante	-	10
<i>Wirtschaft</i>		
Vorstandsvorsitzende börsennotierter Unternehmen (Frankfurter Börse)	0	0
Anteile der ostdeutschen „Chefs“ in OD-Unternehmen	1997: 53	52
<i>Wissenschaft</i>		
Rektoren ostdeutscher Universitäten	-	19
Professoren auf Soziologielehrstühlen <i>in OD</i>	ca. 10	21
Professoren auf Politologielehrstühlen <i>in OD</i>	-	0

Quellen: Bürklin/Rebenstorf 1997; Derlien 2001; Sozialreport 2004; MDR 2004a; eigene Erhebungen.

Für diese Ausgrenzungen seit 1990/91 sind einerseits qualifikatorische Gründe geltend gemacht worden. Bestimmte Bildungs- und Berufsinhalte wurden in der DDR nicht vermittelt, bestimmte Erfahrungsbereiche – wie eine kapitalistische Marktwirtschaft – blieben DDR-Bürgern schlicht verschlossen. Andererseits ist auf eine Reihe von fachlich durchaus qualifizierten Eliteangehörigen der DDR hingewiesen worden, die aber infolge der gerontokratischen Herrschaftsstruktur und aufgrund drastischer moralischer Verfehlungen nicht geeignet gewesen seien, in die Führungsetagen bundesdeutscher, vor allem staatlicher oder öffentlicher Institutionen aufzurücken. Diese Gründe scheinen zunächst *für* eine spätmoderne, an beruflicher Leistung und individueller Sittlichkeit orientierte Wertschätzung zu sprechen. Indes können weder alters- und qualifikationsbezogene noch moralische Argumente nach 15 Jahren noch in größerem Umfang Geltung beanspruchen. Es gab bereits nach 1990 und gibt heute mehr denn je Ostdeutsche, die in jeder Beziehung geeignet wären, Elitepositionen zu besetzen. Dass sie dies nicht können, dass sie nicht (aus)gewählt oder kooptiert werden, liegt an zwei anerkennungsrelevanten Gründen. Zum einen besetzen die 1990 westdeutsch dominierten Elitennetzwerke gemäß eigenen Interessenlagen und das heißt eben entweder mit eigenen, selbst „herangezogenen“ Kandidatinnen und Kandidaten oder solchen, die die Interessen des Netzwerkes und der einzelnen Angehörigen am besten bedienen können. Beides können Ostdeutsche bis heute in der Regel nicht sein, weil sie zum Beitrittszeitpunkt nicht Teil des Netzes waren und Anfang der 90er Jahre mit Hinweis auf die

genannten „Bewerberdefizite“ nur ganz wenige aufgenommen wurden. Der schon an sich existierende Minoritätenstatus und die Außenseiterposition ostdeutscher Bewerber wurden so verschärft. Wen niemand kennt, d.h. wer weder regionale Herkunft, Bildungsgänge noch ehemalige Vorgesetzte und Mentoren mit den (Aus-)Wählenden teilt, von dem kann man nicht wissen, wie vertrauenswürdig und effektiv er persönlich ist. Aber mehr noch, als Angehöriger der Minorität, als Außenseiter erscheint sein prospektiver positionaler Status im Netzwerk problematisch. Ganz abgesehen vom Zweifel, ob er als Angehöriger der Minorität nicht vielleicht doch deren Interessen in den Vordergrund stellt; wer Ostdeutsche auswählt, geht das Risiko ein, dass sie trotz Positionsbesetzung auch *in* den Netzwerken der Macht schwächer bleiben als Westdeutsche.

Diese „sachliche“, auf Interessen und effektive Machtpotentiale bezogene Außenseiterproblematik verweist auf und wird zugleich fundiert durch einen zweiten Missachtungsgrund: die im Sinne Elias' und Bourdieus *habituelle Außenseiterposition* der Ostdeutschen (vgl. Neckel 1997; Engler 1999; Treibel 1999; Pollack 2003). Die meisten, auch die heute erst 30-jährigen Ostdeutschen passen aufgrund ihrer Sozialisation in der DDR und durch ihre DDR-geprägten Eltern nicht in die Elitekulturen des Westens, werden ganz unabhängig von instrumentellen, interessengeleiteten Überlegungen als Fremde ausgegrenzt. Ihnen fehlt der biographische, kommunikative und habituelle Stallgeruch der Macht. Sie erscheinen daher nicht im Horizont der Auswahlkommissionen, und wenn doch, dann bleibt spätestens nach dem Vorstellungsgespräch ein Beigeschmack fremder Subkulturen, ein soziokulturelles Unwohlsein, der Verdacht, dass eine positive Entscheidung von anderen (in der Regel eben: Westdeutschen) unverstanden bliebe, damit auch funktional problematisch sei und am Ende negativ auf die Auswählenden zurückfiele (vgl. die Ergebnisse von Förster 2006: 7, *passim*).

Aus dieser Perspektive wird den spätmodern egalitären und zugleich individualisierenden Wertschätzungskriterien offensichtlich *nicht* Genüge getan, wobei – entgegen mancher Ideologie – diese „Unter-Schätzung“ und partielle Exklusion eben nicht in erster Linie das Ergebnis einer Unterdrückungsstrategie ist (vgl. 4.2, 5.). Gleichwohl kann eine klare und anhaltende Missachtung im Sinne einer Ausgrenzungspraxis Ostdeutscher nicht gezeugnet werden, die zudem die angesprochene Tendenz besitzt, *sich selbst zu verstärken*. Je länger wie bisher fortgefahren wird, desto weniger können Ostdeutsche anerkannt und desto schwieriger in Elitepositionen gebracht werden.⁷

⁷ Zu diesem Befund gehört, dass sich bis heute die ost- und westdeutschen Oberschichten-Milieus kaum mischen. Bei spezifisch ostdeutschen Milieus wie dem „bürgerlich-humanistischen“ liegt die Separierung gleichsam auf der Hand. Aber selbst für ähnlich ausgerichtete und identisch benannte Milieus sind deutliche Fremdheiten erkennbar (vgl. als Überblick Vester 2001; zu Einstellungsdifferenzen der Eliten auch Machatzke 1997).

4.2 Missachtung durch diskursive Hegemonialisierung: Die Subalternität ostdeutscher Soziokulturen

Der zuletzt diskutierte Missachtungsgrund in der ostdeutschen Elitenrekrutierung verweist unmittelbar auf ein gesamtgesellschaftliches, alle ostdeutschen Bevölkerungsgruppen treffendes Missachtungsphänomen: die Marginalisierung (Außenseiter-Stellung), Unterordnung und Ausgrenzung ostdeutscher Soziokulturen, Identitäten und Lebensgeschichten (ibid; Ahbe/Gibas 2001; Howard 1995; Koch 1991, 1999; Mühlberg 1999, 2005; Reißig 2000). Erfahrbar sind diese Anerkennungsdefizite besonders nachdrücklich in den meinungs- und kulturbildenden *Massenmedien* (Fernsehen, Rundfunk, Tagespresse, Magazine, Internetforen usw.) und im *Bildungswesen*, wobei der Formierung der entsprechenden *öffentlichen Diskurse* – auf die ich mich hier im Wesentlichen beschränke – eine essentielle Bedeutung zukommt.

Zunächst ist festzuhalten, dass Geschichte(n), Erfahrungsräume, Kulturen und Lebensverläufe der bzw. in der DDR *und* in Ostdeutschland in der ostdeutschen Öffentlichkeit, d.h. in regionalen Fernsehsendern, Printmedien, aber auch in lokalen Kultur- und Kunstszenen sowie informellen Kommunikationsnetzen zwar keine dominante, aber eine gewichtige Rolle spielen. Allerdings ist dabei eine klare Differenzierung regionaler bzw. lokaler gegenüber *spezifisch ostdeutschen* Inhalten und Diskursformierungen nicht immer möglich.⁸ Soweit es sich aber um DDR- bzw. Ostdeutschland-Diskurse handelt, tragen sie im Regelfall den Charakter eines *Refugiums*. Das Moment aktiver, offen kommunikativer oder auch widerständiger Selbstbehauptung bzw. Selbstentwicklung bleibt demgegenüber sekundär.

Diese Ausrichtung kann man zum Beispiel an der Ausstrahlung von DDR-Filmen und vor allem DDR-Vorabendserien im „Dritten Programm“ des Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) studieren, wo Sender, Sendeplätze und Publikumsstruktur deutlich die Rückzugs- und teilweise Fluchtorientierung bezeugen. Hier wird, weitgehend abgeschirmt vom übrigen öffentlichen Raum, insbesondere für die Generationen der heute über 60-Jährigen biographische „Heimat“ angeboten, die in anderen Programmen praktisch nicht vorkommt.⁹

Ein Heimat- und Fluchtcharakter kann aber auch auf der anderen Seite des öffentlichen Raumes, in der politisch-kulturellen Peripherie nachgewiesen werden. So finden sich in

⁸ Typologisch referiert ein regionaler bzw. lokaler Diskurs (a) auf die Zentrum-Peripherie/Provinz-Differenz, (b) auf die (weitgehend äquivalenten) Differenzen: Nahes, Bekanntes, Eigenes, Besonderes, Heimat vs. Fernes, Unbekanntes, Fremdes, Allgemeines, Fremde sowie (c) auf lokale Konkurrenzkonstellationen im Kampf um materielle und symbolische Distinktionsgewinne (Gewerbeansiedlung, Dorfgestaltung, Feuerwehrausstattung, touristische Attraktivität etc.). Der ostdeutsche Diskurs wird hingegen durch die (im Sinne Laclaus) antagonistische Differenz gegenüber Westdeutschland konstituiert. Er insofern strikt binär codiert und bezieht sich auf konkrete gesellschaftssystemisch begründete Identitätsansprüche. Dennoch bestehen pragmatische sowie semantische Nähen, etwa in der Gleichsetzung von Osten und Peripherie, Bekanntem oder Heimat.

⁹ Um das klarzustellen: Die Asymmetrie besteht nicht darin, dass nicht auch im Bayerischen Rundfunk alte Vorabendserien gezeigt würden – hier erfährt der klassische Heimatfilm der 50er und 60er Jahre keine geringere Würdigung als im MDR. Während aber im MDR neben den DDR-Filmen und Serien, die mit Sicherheit weniger als 30% derartiger Programmangebote ausmachen, der Großteil westdeutsche Produktionen darstellt, gibt es in den westlichen Anstalten und ihren Dritten Programmen – jedenfalls meiner Kenntnis nach – keine DDR-Produktionen zu sehen.

Bildungs-, Freizeit- und Seniorenvereinen im Umfeld der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zahlreiche Veranstaltungen und Publikationen (z.B. durch die „edition ost“ oder den Karl Dietz Verlag), die sich – nicht zuletzt: autobiographisch – mit DDR-Geschichte und heutigen Deprivationen befassen. Dies geschieht freilich weitgehend als *Selbstbeobachtung*, *Selbstverteidigung* und zur *Selbsterbauung*. Westdeutsche trifft man hier jenseits „altlinker“ Veteranen und weniger PDS-Sympathisanten kaum, jüngere Ostdeutsche sind eine kleine Minderheit.

Während indes „Ost-Themen“ in der ostdeutschen Öffentlichkeit zum Teil prominent vertreten sind, stellen sie auf gesamtdeutscher Ebene von vornherein nur ein *Residuum* im Meer westdeutscher Diskurse, Akteure und Themen dar.

Das gilt zunächst für die *Massenmedien*. Exemplarisch ist auf eine Analyse von Roth (2004) hinzuweisen, die belegt, dass das Thema „Ostdeutschland“ und seine sprachlichen Äquivalente (wie „neue Bundesländer“) seit 1993 fortschreitend aus den Schlagzeilen der überregionalen Tageszeitungen verschwindet. Gemessen an den Tageszeitungen *FAZ* und *taz* handelt es sich bis 2003 im Mittel um eine Halbierung bis Drittelung der Erwähnungen (Roth 2004: 23, Tab. 2-4). Dies korrespondiert sowohl mit dem Umstand, dass nur ein geringer Prozentsatz der erwachsenen Ostdeutschen regelmäßig überregionale Zeitungen liest (Dieckmann 2005: 6), als auch mit den „Quoten“-Ostdeutschen in den Redaktionen der überregionalen Blätter, die insofern *westdeutsche* sind. Die beiden Ausnahmen in Rezeption und Redaktionszusammensetzung – *Berliner Zeitung* und *Super-Illu* – unterstreichen nicht nur die Regel, sondern verweisen darüber hinaus auf Orte und Ausrichtung der Diskurse. Die deutsche Öffentlichkeit erweist sich auch vor diesem Hintergrund noch immer als – freilich nicht nur eindimensional – „*geteilte*“ (vgl. *ibid.*; Mühlberg 2005).

Für das *gesamtdeutsche Bildungssystem* ist sowohl von Bürgerrechtlern, von politischen Bildungsinstitutionen (wie der Bundeszentrale für Politische Bildung), aber auch – freilich mit anderer inhaltlicher Schwerpunktsetzung – von Seiten der PDS eine verstärkte Beschäftigung mit Themen der DDR-Geschichte, der „Wende“ und der ostdeutschen Entwicklung der letzten Dekade in den Grund- und Sekundarschulen gefordert worden. Bis heute spielen diese Themen und die Auseinandersetzung mit ihnen in den einschlägigen Fächern wie Geschichte und Sozialkunde nur eine marginale Rolle. Das gilt für West- wie für Ostdeutschland (vgl. (Krüger 2003; Arnswald 2004).

Eine ähnliche Marginalisierung von DDR und Ostdeutschland ist auch für die universitäre Bildungs- und Forschungslandschaft festzustellen. Die seminaristische Befassung mit diesen Themen und Problemen stellt die große Ausnahme dar. Zum Teil gilt das selbst für ostdeutsche Hochschulen und Universitäten (Pasternack 2002; Hüttmann 2004). Forschungsseitig hat nach dem Hoch der ersten fünf Jahre (1991-1995/96) ein Abschmelzungs- und thematischer Verdrängungsprozess eingesetzt, der einerseits sachlich begründet werden kann, andererseits aber mittlerweile zu Leerstellen führt, die kaum noch akzeptabel sind (vgl. Kollmorgen 2005: 277-301).¹⁰

¹⁰ Ein aktuelles Beispiel sei zur Veranschaulichung erwähnt. In der Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament: Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 37/2005 mit dem Thema „*Ungleichheit – Ungerechtigkeit*“, die aktuelle

Vor dem Hintergrund des Elitenaustausches und westdeutschen Elitentransfers nicht zuletzt in den Geistes- und Sozialwissenschaften – in der deutschen Politikwissenschaft gab es 2003 keine Professorin und keinen Professor mit ostdeutscher Herkunft –, kann das allerdings nicht verwundern (zum Problem Kollmorgen 2005: 87-134).

Missachtung und Marginalisierung sind aber nicht allein ein *quantitatives* Problem in Produktion sowie Rezeption. Wichtiger noch – wenn auch damit unauflösbar verschränkt – sind *Inhalte und Formen des Diskurses* über Ostdeutsche und Ostdeutschland.

Wird öffentlich über die DDR und ihre Soziokulturen, Identitäten und Lebenserfahrungen kommuniziert, d.h. der historische Osten thematisiert, geschieht dies überwiegend als *distanzierend kritisch-pädagogische Auseinandersetzung* mit dem „DDR-Herrschaftsregime“ oder als *Farce*, d.h. in Form von „Ostalgie“-Shows, Filmkomödien, Witzbüchern usw.

Der erste Modus wird schon an der ubiquitären Verwendung des Adjektivs „*ehemalig*“ deutlich. Was immer einen DDR-Bezug, eine DDR-Herkunft besitzt, wird in die Tiefe des geschichtlichen Raumes, in das ganz und gar Vergangene, heute Irrelevante, weder zur gegenwärtigen Gesellschaft noch zum lebendigen Individuum Gehörige verbannt. Es wird vom Heute abgeschieden, abgeschnitten: „ehemaliger Jungpionier“, „ehemaliger DDR-Meister“, „DDR-Künstler“, „DDR-Kosmonaut“ usw., „ehemaliger Palast der Republik“, „ehemaliges DDR-Recht“, „ehemaliger Staatsratsvorsitzender der DDR“, „ehemalige DDR“. Auch wenn diese Formel für andere Vergangenheiten zuweilen gebraucht wird. In der Massierung, Überbietung und zugleich Veralltäglichsung ist die Verwendung einmalig und für andere historische Zeiten schlicht undenkbar. Oder kann man sich vorstellen, dass grundsätzlich von der „ehemaligen Weimarer Republik“ oder vom „ehemaligen Deutschen Kaiser“, wohlgermerkt als Titulierung für seine Herrschaftszeit, geredet wird? Die besondere, *doppelt historisierende* Auszeichnung ist der Versuch einer zusätzlichen Distanzierung, der zugleich unterstreicht, dass sie nicht für alle Mitglieder des Gemeinwesens selbstverständlich ist.

Der distanzierend kritisch-pädagogische Diskursstil seit 1990/91 lässt sich auch an einschlägigen Themenheften der im obigen Sinne westdeutschen Wochenzeitungen und Magazinen zwischen *Frankfurter Allgemeiner Sonntagszeitung* und *Spiegel* studieren, nicht minder an entsprechenden, teils mit wissenschaftlichem Anspruch auftretenden „Sachbüchern“ westdeutscher Autoren. Ob es sich um Arnulf Baring (1991, 1999) oder Felix Mindt (2003) handelt: DDR-Bürger werden als „deformierte“, „verzwergte“, mit „verhunzter“ Erziehung und Ausbildung geschlagene, „autoritär“ eingestellte oder wenig leistungsbereite Individuen mit gleichzeitig höchsten sozialen Ansprüchen etikettiert.

Dass solche diskursiven Formierungen auch subtiler funktionieren, zeigte nicht nur die erste deutsch-deutsche Ausstellung im Haus der Geschichte (1994), die zu Recht wegen ihrer

Tendenzen und Probleme die aktuelle Tendenzen und Probleme behandelt, findet sich kein einziger Beitrag, der sich unmittelbar mit den deutsch-deutschen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten befasst. Das wäre akzeptabel, wenn sich innerhalb der Beiträge z.B. zu „Deutschen Ungleichheiten“, „neuen Spannungslinien“ oder „Ausgrenzungsrisiken“ die deutsch-deutsche Dimension angemessen problematisiert fände. Dass ist aber nicht der Fall. Nur in einem Aufsatz werden sie überhaupt angesprochen. Nimmt man dieses Heft als Maßstab, dann gibt es kein ostdeutsches Missachtungs- oder deutsch-deutsches Gerechtigkeitsproblem.

westdeutschen Schlagseite und der auch physischen Unterordnung der „SBZ/DDR“ kritisiert wurde – man schritt über einen Fußabtreter mit den „Zehn Geboten“ für den sozialistischen Menschen, die Walter Ulbricht verfasst hatte (zur Einschätzung: Krüger 2003). Jüngst stellte dies auch die Ausstellung „*Melancholie. Genie und Wahnsinn in der Kunst*“ (2006) in der Neuen Nationalgalerie in Berlin unter Beweis. Darin behandelte eine Abteilung melancholische Kunst unter staatssozialistischen Bedingungen. Nicht nur, dass diese Abteilung im Verhältnis zu anderen Epochen unangemessen klein geraten war, zeitlich deplaziert wurde und unsystematisch ihre Objekte präsentierte. Das melancholische Element erschien hier praktisch ausschließlich in Relation zum *Herrschaftsregime* realisiert: Melancholie einerseits als das staatlich Abgewehrte, Verbotene, andererseits als das gegenüber dem Staat künstlerisch Subversive. Also erneut das diskursive Muster: schwarz und weiß, verkürzen und befehlen.

Der zweite Modus einer komischen oder spöttischen Missachtung wurde schon 1990 etabliert. Gegenstand des Spottes waren nicht allein die hemdsärmelig proletarischen Fahrer vorsintflutlicher Kraftfahrzeuge, die sich stundenlang für das Begrüßungsgeld anstellten, sondern auch die „dummen DDRler“, die sich als politisch naive und nur auf Wohlstandsgewinn fixierte Staatsbürger entpuppten. Erinnerung sei an die Banane Otto Schilys, die er nach der Wahlniederlage der „Linken“ im Bundeswahlkampf 1990 kommentarlos in die laufende Kamera hielt. Mitte der 90er Jahre wurde dieses Bild in zahllosen Witzen über die DDR und die Herausgabe entsprechender Sammlungen (zuletzt Tosa 2003) systematisiert. Zur selben Zeit wurde auch ein Schwung komödiantischer Fernseh- und Kinofilme produziert. Schon Anfang der 90er hatte „*Go Trabbi go*“ für Furore gesorgt; später waren es „*Good bye, Lenin*“, „*Sonnenallee*“ oder „*NVA*“.¹¹ Daneben wurden „DDR-Parks“ mit „Mauer“-Nachbau und Kontrollen durch „DDR-Grenzer“ geplant (vgl. Flatau 2003). Die Serie der Ostalgie-Shows, in denen mit alten und alt-neuen DDR-Stars, Songs und Ratespielen die komische DDR-Realität der 70er und 80er Jahre erkundet und belächelt wurde, vollendete gleichsam diesen Modus.¹²

Tatsächlich verhält sich dieser zweite Modus zum ersten komplementär – und zwar in doppelter Weise: Einerseits ergänzt die Farce die Hegemonie der westdeutschen Kulturen, Geschichten und Leben. Im Anderen der DDR-Gesellschaft, in deren Verspottung, erhält und vergewissert sich die *bundesrepublikanische*, d.h. dominant *westdeutsche* Gesellschaft ihrer Geschichte, Identität und kulturellen Plausibilität. Andererseits und zugleich können sich Ostdeutsche in der Farce wiedererkennen, ohne sich ernsthaft mit der DDR zu identifizieren. Es handelt sich um flimmernde Semantiken und pragmatische Indifferenzen, die Ostdeutsche spontan (aus)nutzen. Im lachenden Genuss der Ostalgie-Show kann nach außen die Differenz zur DDR-Abkunft und DDR-Gesellschaft ebenso gezeigt werden wie nach innen eine

¹¹ Dabei reicht „*Good bye, Lenin*“ weit über dieses Genre hinaus oder hinein, insofern die Farce ironisch gebrochen wird. Viele Westdeutsche haben den Film aber allein als Farce auf die verrückten „Ostler“ gesehen.

¹² Auf den jeweiligen Wellenbergen, die im Wesentlichen mit entsprechenden Jahrestagen korrespondierten (5. oder 10. Jahrestag von Mauerfall oder Vereinigung usw.) sprengte die Beschäftigung offensichtlich den residualen Rahmen. Dass das Sprengen primär in den beiden diskutierten Modi vorgenommen wurde und wird, bedeutet aber zugleich die Bestätigung dieses *strukturellen* Charakters: residual nicht im Sinne einer quantität negligible, sondern als das im mehrfachen Wortsinn *Zurückbleibende*.

Selbstwiedererkennung und Selbstanerkennung des Lebens in der DDR praktizieren lässt. Solange dies passiv und ohne kritische Selbstreflexion geschieht, komplementiert es den Marginalisierungsmodus. Es besteht aber auch die Möglichkeit, selbst derartig kommerzialisierte Shows bis zu einem gewissen Grade subversiv anzueignen (vgl. Dieckmann 2005) und sie für einen Einstieg in Gegendiskurse – nicht zuletzt sich selbst gegenüber – zu nutzen.¹³

In der Behandlung der neuen Bundesländer, also der Dynamiken in Ostdeutschland *nach 1989/90* werden unschwer sachliche und formale Kontinua erkennbar. Ich will diesen aber nicht im Detail nachgehen, sondern mich auf die Zusammenfassung der semantischen bzw. topologische Ausrichtung des Ostdeutschlanddiskurses beschränken (zu den Begrifflichkeiten Roth 2004: 27-32). Ostdeutschland und Ostdeutsche erscheinen *massenmedial* seit Anfang, Mitte der 90er Jahre vor allem als:

- (1) *Besondere/Besonderes*, näher als abgeschlagene *Peripherie*, als *Rand*, als auch *exotisches* Gebiet oder *exotische* Bevölkerungsgruppe;
- (2) *Belastung* der bundesrepublikanischen Gesellschaft, vor allem ihres Wohlstandes und dann auch ihrer sozialen Integration;
- (3) *passive, abwartende, (er)leidende* Bevölkerungsgruppe bzw. Teilgesellschaft (mithin weniger als Handelnde denn als Behandelte);
- (4) insgesamt als Region, für die *negative Zukunftsaussichten* bestehen, für die ein weiterer sozialer *Abstieg* vorprogrammiert ist (vgl. Ahbe/Gibas 2001; Mühlberg 2005; Roth 2004; Woderich 1996).

Diskursanalytisch können diese topologischen und semantischen Zu- und Verweisungen an *Äquivalenzketten* z.B. in den oben angesprochenen Sachbüchern oder journalistischen Themenheften nachgewiesen werden, die „den Osten“ in eine Reihe mit: „Deindustrialisierung“, „industrielle Brache“, „Arbeitslosigkeit“, „Armut“, „Wegzug“ und „Abwanderung“, „Entleerung“, „Verödung“, aber auch „Undankbarkeit“, „Unzufriedenheit“, „Schmarotzertum“, „Faulheit“ und „Dummheit“ stellen (vgl. auch Kollmorgen 2005: 171ff.). Eine andere, eher politisch-kulturelle Reihe setzt die neuen Bundesländer – auch unter Nutzung massenmedial markierter Ortsnamen wie Rostock, Hoyerswerda oder Magdeburg – mit „Fremdenangst“, „Fremdenfeindlichkeit“, „Rechtsextremismus“, „*No-go-areas*“ und „National befreiten Zonen“ diskursiv äquivalent.

Dazu liegen mittlerweile auch empirische Studien vor, für das Fernsehen z.B. durch Früh (2001). Für die Printmedien hat Roth in der bereits erwähnten Analyse von Schlagzeilen in Tageszeitungen (*FAZ, taz*) gezeigt, dass Ostdeutsche bzw. Ostdeutschland dort zwei- bzw. viermal so häufig in der Rolle des semantischen „Patiens“ oder passiven „Agens“ auftreten wie als „aktives Agens“ (Roth 2004: 29, Tab. 9). Analoges – wenn auch nicht exakt quantifizierbar – gilt für die Topoi der Besonderheit und Belastung (ibid.: 30ff.; vgl. für die

¹³ Farce und (belehrende) Kritik schlagen zuweilen ineinander um, wenn die ernst gemeinte Kritik in ihrer Ahnungslosigkeit unfreiwillig komisch gerät (das gilt schon für die Verwendung des Adjektivs „ehemalig“) oder wenn selbst die Farce eine Kritik des missachtenden Umgangs mit den Ostdeutschen aufscheinen lässt.

Topoi auch entsprechende „Markierungen“ bei Baring 1999; Mindt 2003 oder zuletzt Herles 2005).

Mit den problematisierten Quantitäten und Gestaltungsprinzipien *belegen und vollziehen* beide Diskurse – *die kritisch-belehrende oder farcehafte „Vergangenheitsbewältigung“ wie die marginalisierende, Passivität zuschreibende und pessimistische Gegenwarts- und Zukunftsdeutung* – die soziale Hegemonie „der“ Westdeutschen und die Subalternität „der“ Ostdeutschen.

4.3 Mechanismen und Folgen diskursiver Hegemonialisierung

Diskursive Hegemonialisierung bedeutet nicht nur soziale Missachtung und repräsentiert eine zentrale Dimension soziokultureller Abwertung, sondern verstärkt diese Gehalte in Verbindung mit anderen Momenten im Prozess, generiert neue Aspekte, repräsentiert einen eigenen Mechanismus. Vier Eigenschaften bzw. Folgen dieses Hegemonialisierungsprozesses sollen hervorgehoben werden:

(1) Die Hegemonialisierung wird diskursiv erzeugt und reproduziert, *ohne* dass eine entsprechende *empirische Basis* dafür notwendig ist. Mehr noch, der hegemonialisierte Diskurs über den Osten produziert seine eigene epistemische und soziopraktische Realität, und zwar im doppelten Sinne. Zum einen fokussiert er seinem Differenzierungs- und Zuschreibungsmuster gemäß die Marginalisierungs- und Subalternitätsphänomene im Osten – und unterschlägt gegenteilige Erlebens- und Erfahrungshorizonte, z.B. gelungene Leben unter DDR-Verhältnissen, geglückte wirtschaftliche Unternehmungen in den neuen Ländern oder Vorteile von „Rückständigkeit“. Umgekehrt treten kaum geringere Arbeitslosenraten und ebenso düstere Zukunftsaussichten westdeutscher Regionen, etwa des Ruhrgebietes, in den Hintergrund, so wie rechtsextremistische Vorfälle im Westen – man erinnere sich Möllns oder des antisemitischen Anschlagversuches in München – als Ausnahme der Regel verbucht werden. Zum anderen, und darin besteht die eigentliche Kraft diskursiver Hegemonialisierung, schafft sie sich tendenziell *ihre* soziale Praxis. Ist die Hegemonie einmal gewonnen, verschärft sich die Subalternität, da die Subjekte nun durch die „Brille“ des herrschenden Diskurses dessen Wahrheit „wahr“-nehmen und praktizieren. Zugespißt formuliert: Der „Osten“ *ist* ökonomisch, politisch und kulturell am Boden. Dies verdankt sich vor allem *der* DDR-Geschichte, wonach der „Sozialismus“ durchgehend als „böse“ und gescheitert betrachtet werden *muss*. *Wegen* seiner Vergangenheit *und* Gegenwart kann der Osten auch nicht auf die Beine kommen – seine Zukunft *ist* bereits verloren. Er ist und bleibt abhängig, randständig, mithin jedem Spott preisgegeben. Daher *muss* jeder, der seine eigene Zukunft retten will, in den Westen gehen – als karriereorientiertes Individuum, als Lebensfreude suchende Gruppe, als wachstumsorientiertes Unternehmen.

Indem relevante Gruppen dieser diskursiven Logik folgen, werden ihre Voraussetzungen eingeholt und die Prophezeiung erfüllt: Der Osten entleert sich, steigt ökonomisch weiter ab, wird abhängiger, marginalisierter. Das aber ist dann der Beweis der im Diskurs aufgestellten historisch-kausalen Zuschreibungen wie Zustandsbeschreibungen. Der Kreis diskursiver

Praxis und Hegemonialisierung schließt sich – virtuell, denn eine vollständige, endgültige Schließung gibt es nicht.¹⁴

(2) Durch diskursive Hegemonialisierung wird die *Identität und Macht* der Westdeutschen realisiert und gewahrt, wobei – da es „die“ Westdeutschen sowenig gibt wie „die“ Ostdeutschen (siehe [4]) – ein Aspekt in der diskursiven Glättung, einem Überspielen, einer Abdeckung der sozialstrukturellen, sozioökonomischen und machtpolitischen Differenzen innerhalb der eigenen „Gruppe“ besteht. Effektiv profitieren von der Hegemonie in erster Linie die westdeutsche politische Klasse sowie die ökonomischen und kulturellen, nicht zuletzt massenmedialen Eliten in Westdeutschland. Ihre Identität, ihre materielle und symbolische Macht wird (re)produziert und ausgebaut. Zugleich jedoch können sich auch die „übrigen“ Westdeutschen in der Hegemonie bestätigt fühlen und als Gewinner begreifen, selbst wenn sie keinen positionalen Machtzuwachs erfahren und sogar finanzielle Einbußen hinzunehmen haben (siehe 3.). Allein die quasi-natürliche Zuordnung zur hegemonialen Gruppe und Identität schafft symbolisches Kapital und Distinktionsgewinn (vgl. Bourdieu 1987, 1992).

Schon infolge der sozialstrukturellen Differenzen kann es sich dabei aber – obwohl viele Ostdeutsche dies glauben – weder um eine „westdeutsche Verschwörung“ noch um eine („koloniale“) *Machtstrategie* einer integrierten westdeutschen Elite handeln. Zwar lässt sich eine ganze Reihe strategischer Felder und Handlungselemente identifizieren: Der Umgang mit den alten Eliten, mit bestimmten institutionellen „Errungenschaften“ der DDR (etwa in der Organisation des Sozialversicherungssystems oder im Familienrecht) oder die Privatisierung des Volkseigentums bieten hier einschlägige Beispiele (vgl. Kollmorgen 2005: Kap. II). Hegemonialisierung geht darin aber nicht auf, sondern muss – in Anlehnung an Pierre Bourdieu (1990: 62) – als *strategielose Strategie* verstanden werden.¹⁵

(3) Für die Westdeutschen folgt aus der diskursiven Hegemonie mit ihren quantitativen und qualitativen Aspekten eine Fortsetzung *soziokultureller Missachtung der Ostdeutschen* schon deshalb, weil gilt: Was man – eben infolge der Marginalisierung – nicht kennenlernen kann und nicht kennenlernen will, also nicht kennt, kann man auch nicht *anerkennen*. Dabei reicht die Unkenntnis weit. Viele Westdeutsche – und mittlerweile auch junge Ostdeutsche, nicht zuletzt *infolge* westdeutscher diskursiver Hegemonie, der sie sich oft nur verweigern – wissen weder, dass es Privateigentum an Produktionsmitteln in der DDR gab noch dass neben der

¹⁴ Hegemonie bedeutet nicht Totalität: Im und außerhalb des Diskurses finden sich abweichende, widerständige, inventive Elemente, die zugleich das Reservoir diskursiver Verschiebungen und substantieller Innovationen darstellen. Das gilt auch für den ostdeutschen Fall, siehe 5. (vgl. zur Anti-Totalität: Laclau 1991: 3ff.; 89ff.).

¹⁵ Diskursive Hegemonialisierung trägt diesen Charakter, weil sie (a) wie oben angedeutet, sich als sozialer Distinktionsmechanismus *verselbständigt*, weil Hegemonie insofern „strategielose *Selbstreproduktion*“ ihrer Elemente einschließt. Sie erweckt zudem (b) den Anschein, *als ob* die herrschenden Akteure bzw. Akteurgruppen durchgehend zusammenwirkten, als seien sie ein „kollektives Subjekt“, was aber *nicht* der Fall ist. Vielmehr folgen sie – jenseits konkreter, aber immer nur temporärer Koalitionen – unbewusst analogen Spielregeln ihrer sozialen Felder und ihres Habitus, was ähnliche Handlungsmuster hervorbringt. Schließlich ist (c) auf den aktiven Einschluss der Unterdrückten und den strukturellen Charakter von Hegemonie hinzuweisen. Mit anderen Worten, Hegemonie ist aus einer bestimmten Perspektive (*gar*) *keine Strategie* einer Gruppe, sondern ein prozessierender, relationaler Handlungsraum (ein Handlungssystem) mit asymmetrisch verteilten Macht- und Legitimitätsressourcen für je bestimmte „Subjektpositionen“ (vgl. zu dieser Konzeptualisierung von Hegemonie die Ansätze von Gramsci 1986; Laclau/Mouffe 2000; Bourdieu 1987, 1990).

SED weitere politische Parteien existierten. Unbekannt ist vielen, dass und in welchen Rahmen Menschen Berufe *wählten*, Orte wechselten und Karrieren durchliefen, ohne dass es dazu in jedem Fall einer Parteimitgliedschaft bedurfte. Wenige nur wissen, welche Formen demokratischer Entscheidungen es gab – und welche nicht. Kaum mehr besitzen darüber Kenntnisse, welche staatlichen und welche „freien“ Musik- und Theaterszenen in der DDR existierten, welche Wohnungseinrichtungen angeschafft, welche Freizeit und welche Lieben gelebt wurden. Unwille und Unkenntnis beziehen sich aber nicht allein auf die Geschichte, sondern ebenso auf die Gegenwart. Folgt man einer Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2004, waren zu bis zu diesem Zeitraum fast 60% aller Westdeutschen nur selten oder noch nie in Ostdeutschland. Für die Ostdeutschen beträgt die analoge Prozentzahl 24% (Roth 2004: 16). Folgerichtig glaubten im Jahr 2001 nur 19% der Westdeutschen, die Verhältnisse in den neuen Bundesländern gut bzw. sehr gut zu kennen. Weitere 59% dachten, dass sie die Lage „etwas kennen“ (Kaina 2002: 12). Sind Ostdeutsche, ihre Vergangenheit und Gegenwart aber weitgehend unbekannt oder nur aus den hegemonial konstruierten „Schaubildern“ der Massenmedien bekannt, können sie weder als Element einer angemessenen individuellen noch einer sozialen Wertschätzung hinsichtlich beruflicher Qualifikationen und Leistungen, von politischen An- und Einsichten, kultureller oder moralischer Beiträge für das Gemeinwesen dienen. Wo anerkennungsreiche Kommunikation differenter Sinns, unterschiedlicher Erfahrungen und Subkulturen fehlt, können auch gesellschaftliche Werte nicht diskutiert, abgewogen, integriert und miteinander entwickelt werden, lassen sich auch mittelfristig keine wirklich gleichberechtigten *Wertgemeinschaften* stiften, die eine wichtige Basis spätmoderner sittlicher Anerkennung sind (vgl. Kollmorgen 2005: 162-166). Schließlich fehlt damit auch ein angemessener Spiegel eigener Identitäten und Leistungen, mithin Möglichkeiten kritischer Selbstreflexion. Wer andere Kulturen an den Rand drängt, klein macht und vor allem dem Spott preisgibt, sterilisiert seine eigene Identität und bringt sich um Chancen innovativer Selbstentwicklung.

(4) Aus der diskursiv realisierten soziokulturellen Missachtung folgt für die Ostdeutschen das Paradox einer *ostdeutschen Kultur- und Identitätserzeugung* wie einer zeitgleichen *Dekulturalisierung und Identitätsdiffusion*. Einerseits wurden erst durch den Aufbau der westdeutschen Hegemonie „die Ostdeutschen“, also eine ostdeutsche Identität generiert (Thomas 1993; Engler 1999; Reißig 2000; Pollack 2000). In der sich aufbauenden Missachtung, d.h. Exklusion, Marginalisierung, Subsumtion, strukturierte und konturierte sich das Eigene, eben das, was missachtet wurde und wird. Dabei ist auf die *diskursive* Komplementarität der Fremd- und Selbstzuschreibungen hinzuweisen. Auf hegemoniale Missachtung kann jenseits wirklicher Flucht oder kommunikativer Verweigerung nur im Rahmen der bestehenden Diskursformierung „geantwortet“ werden. Das setzt aber die Affirmation der Grundstruktur, der Positionsverteilungen, Semantiken bzw. Topologien voraus. Sich selbst als Ostdeutsche im neuen Deutschland zu definieren bedeutet mithin, sich in der Selbstidentifikation (zunächst) notwendig auf die westdeutsche Fremdentifizierung einzulassen, auf deren Zuschreibungen und Zumutungen (im Vollsinn des Wortes:) *zu antworten*, andere mögliche Identitätsbestimmungen hingegen als sekundäre zu deklarieren

oder gänzlich im Hintergrund zu belassen. Auf die westdeutschen Zuschreibungen als autoritär (unfrei), misstrauisch, passiv, provinziell und unbedarft – allesamt *Verlierersyndrome* –, reagieren die Ostdeutschen mit der Betonung ihrer „warmen Kultur“ (Wolfgang Schluchter), mit der positiven Orientierungen auf: Ordnung, Gemeinsinn, Gemeinschaft, Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität (Kollmorgen 2005: 171-178).

Ein Aspekt dieser Formierung besteht in der notwendigen Priorisierung der *sozialen Identität* als Ostdeutsche(r). Andere soziale Identitäten, wie Geschlechter- oder Berufsrollen, büßen zunächst an Bedeutung ein. Zugleich definiert der Diskurs und die Missachtung die *kollektive Schicksalsgemeinschaft* und stiftet das Imaginativ einer starken *sozialen Integration* „der“ Ostdeutschen: Gegen das kollektiv zu erleidende Unrecht hilft nur das Besinnen auf die eigene Geschichte, die eigene „Teilkultur“ (Mühlberg 1999, 2005), die eigene Gruppe, das Zusammenstehen in der Missachtung. Nie waren sich daher – wie Wolfgang Engler (1999) pointierte – die Mitglieder der DDR-Gesellschaft in ihren fremd- und selbstzugeschriebenen *Eigenschaften* und ihrer imaginären *sozialen Integration* als Gruppe *diskursiv* näher als in den ersten Jahren nach der Vereinigung (1991-1996).¹⁶

Andererseits und paradox darauf bezogen, *destruiert* der hegemoniale Diskurs Identität und Integration, bedingt Dekulturalisierung und Identitätsdiffusion. Gerade weil die Ostdeutschen im und durch den hegemonialen Diskurs als Subalterne figurieren, weil sie missachtet werden, erscheint *Anerkennung* – jenseits einer Diskursumtransformation – nur durch Akzeptanz der Hegemonie, durch Abwerfen der alten Identität, durch Akkulturation und sozialen Identitätswandel möglich. Wer nicht dauerhaft zu den Verlierern im geeinten Deutschland zählen will, wer Chancen des sozialen Aufstiegs, der Zugehörigkeit zu den neuen Eliten wahrnehmen will, bedarf der Aneignung der hegemonialen Kultur, muss seine ostdeutsche Identität ablegen, sie umformen (vgl. 4.1). Letzteres kann durch Bezug auf *regionale Identitäten* als Sachse oder Brandenburger ebenso geschehen wie durch Herausstellung der Identität als Deutscher – mit *all* ihren Zuschreibungen. Oder man bemüht eine individuelle (Über-)Anpassung an die den Westdeutschen zugeschriebenen *Gewinnersyndrome* und *Herrschaftsattitüden* wie: (geld)gierig, selbstbewusst, überheblich oder bürokratisch orientiert (Kollmorgen 2005: 171-178).

In diesem *Zerrissensein* zwischen der teils unvermeidlichen, teils gewollten *Aneignung* der hegemonialen, darin missachtenden Kultur einerseits und dem ebenso teils notwendigen, teils intentionalen Versuch soziokultureller Selbstbehauptung und dem Beharren auf *Eigenem* in der Subalternität andererseits besteht ein hohes Risiko für diskursive Formierungsprozesse passiver, defensiver, ja *negativer sozialer Identitäten* (ibid.) und für *Ethnifizierungsprozesse* (zuerst Howard 1995). Dabei bestehen – wie für die Westdeutschen – essentielle *sozialstrukturelle Unterschiede* sowie *generationale Differenzen*.

¹⁶ Dass die diskursive Konstruktion der Ostdeutschen und ihrer Eigenschaften von Ostdeutschen auch zur selbstgefälligen Begründung weiterer Transferflüsse genutzt werden kann – „Tatsächlich sind *nur* wir so arm dran, bewegen uns am Rande und bedürfen der westdeutschen Hilfe“ (vgl. 3.) – ist hier ebenfalls zu vermerken. Nichtsdestotrotz spielt selbst diese Variante der Hegemonialisierung noch in die Hände, verlängert also die Ungleichheit, weil sie die Ostdeutschen – jetzt freilich selbst gewählt und eigenen Interessen folgend – am Ende als passive Objekte in der sozialen Praxisgestaltung belässt.

Auf der einen Seite des Spannungsbogens, den ich hier nur andeuten kann (vgl. Kollmorgen 2005: 176ff; 265ff.), findet sich eine gleichsam politisch-folkloristische DDR-Ethnie der heute über 60-, vor allem über 70-jährigen Angehörigen der DDR-Dienstklasse. Diese nehmen einerseits die westdeutsche Konsumgesellschaft und den westdeutschen Wohlfahrtsstaat als Rentner (weitgehend) positiv an, begegnen freilich andererseits der westdeutschen sittlichen und soziokulturellen Missachtung sowie den selbst mit verursachten Verunsicherungen, wenn nicht Fragmentierungsgefahren ihrer Biographie mit Rückzug in „(ge)heil(t)e DDR-Lebenswelten“ (vgl. Wolle 1998); eine Flucht, der – wie diskutiert – massenmedial durchaus entsprochen wird.

Auf der anderen Seite lässt die junge Generation der heute 20- bis 30-Jährigen zwei polare Muster erkennen (vgl. zu dieser Generation auch Förster 2006): Das eine ist insbesondere in ökonomisch und soziokulturell „abgehängten“ ländlichen Regionen Ostdeutschlands bei Angehörigen sozialer Unterschichten präsent. Diese kompensieren ihren *ost*deutschen Außenseiter- und Verliererstatus teils durch eine weitgehend unkritische Wiederentdeckung der DDR als Gegenbild zur herrschenden Misere oder durch Betonung des Deutscheins und den Transfer der Missachtungen auf dritte Gruppen: „Ausländer“, „Linke“ und sozial bzw. körperlich Schwache. Anerkennung wird hier durch gewaltförmige Selbstermächtigung gegenüber anderen (Sub-)Subalternen gesucht. Kontraintendiert bestätigen beide Varianten mit ihren Handlungs- und Anerkennungsmustern die hegemonialen Diskurse über „die Ostdeutschen“ und verstärken die diskursiven Zuschreibungen bis hin zur *Ethnifizierung der Ostdeutschen als soziale Unterschicht bzw. Verlierergruppe* (Kollmorgen 2005: 181-202; 244-270).

Das zweite Muster findet sich bei jungen Intellektuellen, die die erfahrenen negativen Klassifikationen der Ostdeutschen, die sowohl belehrenden wie farcehaften kulturellen Missachtungen spielerisch behandeln, die hegemonialen Diskurse ironisch brechen und umkehren, ja die die soziokulturellen Verluste und Zerrissenheiten in Entwicklungspotentiale und Anerkennungsressourcen umzuschmelzen suchen. Das reicht von belletristischer Wirklichkeitsaneignung (Jana Hensel, Thomas Brussig, Jana Simon u.a. – vgl. Evans 2005) über sozial- und geisteswissenschaftliche Gegendiskurse (z.B. Engler 2002; Land 2003; Bauer-Volke/Dietzsch 2003; Busse/Dürr 2003; Schäfer et al. 2005) bis hin zu Projekten alternativer sozialer Praxis z.B. in Form von Künstler- und Landkommunen in den ostdeutschen Verliererregionen (siehe Bauer-Volke/Dietzsch 2003).

Auch wenn sich die umrissenen Formen des Umgangs mit dem hegemonialen Diskurs soziokultureller Missachtungen substantiell unterscheiden. Für alle Gruppen und Formen gilt, dass sie einerseits die Missachtungen nicht eskamotieren können. So sehr man sich auch als „Deutscher“ fühlt oder den Diskurs ironisiert, aus der herrschenden Diskursformation kann man sich nicht davonstellen. Andererseits wird erkennbar, dass Missachtungsverhältnisse nicht in Subjekte hier und Objekte dort auseinanderfallen. Wie mit den Diskursformierungen umgegangen wird, hängt von der konkreten Positionierung im sozialen Raum (Bildung, Geschlecht, Alter usw.) ab und ist zugleich (begrenzt) offen für Gegendiskurse und innovative Praxen, mithin für einen für mittel- und langfristigen Wandel der sittlichen

Anerkennungsverhältnisse. Dass dieser Wandel keineswegs automatisch oder zwingend einen Abbau der soziokulturellen Missachtungen beinhalten muss, sondern – für manche sicher kontraintuitiv – unter bestimmten Voraussetzungen auch eine Fundierung und sogar Verstärkung etwa in Form von *Ethnifizierungsprozessen* beinhalten kann, ist noch einmal ausdrücklich zu betonen. Soziokulturelle Missachtungen und darauf bezogene Konfliktfelder schwinden nicht einfach mit der Zeit (detaillierter: Kollmorgen 2005: 181-202; 244-270; vgl. Förster 2006).

5. Resümee: Ostdeutsche Anerkennungsambivalenzen und Subalternität im historischen und europäischen Kontext

(1) Die deutsch-deutschen Anerkennungsverhältnisse tragen in ihrer Breite als rechtliche und sittliche Struktur- und Handlungszusammenhänge *ambivalenten* Charakter. Anerkennungshandeln wird von Missachtungsverhalten begleitet und gebrochen. Die meiner Erachtens deutlichsten Missachtungssphänomene sind im Bereich sittlicher Anerkennung zu diagnostizieren und näher als *soziokulturelle Subalternität der Ostdeutschen* zu markieren – mit all ihren sozialstrukturellen, nicht zuletzt statuspositionalen Effekten (Stichwort: Elitenrekrutierung). Insofern besteht nicht nur anhaltend eine *soziale Ungleichheit* zwischen West- und Ostdeutschen im Sinne deutlicher Einkommens- und Vermögensunterschiede (vgl. Datenreport 2004, 2006), sondern auch in der *sittlichen* Anerkennungsdimension.

(2) Reflektiert man die Ansätze zur historischen Entwicklungslogik von Anerkennungsdefiziten und deren Überwindung, insbesondere zur Arbeiterklasse und der Frauenbewegung im frühen 20. Jahrhundert, so lässt sich eine Art Dreischritt erkennen. Die rechtlichen Ausgrenzungen und Benachteiligungen bestimmter sozialer Gruppen beruhten auf sittlichen Defiziten, die im Kern von strategischen Herrschaftsinteressen anderer sozialer Gruppen (z.B. Kapitalisten oder Bourgeoisie) ausgingen. In einem längeren, vielfältig strukturell bedingten, soziokulturelle Subjektkonstituierungen und soziale Kämpfe einschließenden Prozess wurden die sittlichen Missachtungen in Frage gestellt, punktuell aufgebrochen, schließlich in ersten basalen Aspekten transzendiert und durch Verrechtlichung (etwa durch Reformen des Wahl- oder Ehe- und Familienrechts) formell normiert und sanktioniert. Mit den ersten rechtlichen Anerkennungen setzte ein neuer gesellschaftlicher Diskussionsprozess zu den Gründen und Reichweiten sozialer Wertschätzung ein, der – wiederum über öffentliche Kommunikation und kollektive Konfliktaustragung vermittelt – zur Evolution der Wertschätzungsmuster und einer neuen Phase der Ausweitung und Präzisierung rechtlicher Anerkennungsverhältnisse, einschließlich sachlicher und sozialer Umverteilungsaspekte führte (Honneth 1994; Honneth/Fraser 2003; Kollmorgen 2005: 141-144).

Diese Entwicklungslogik trifft für den ostdeutschen Fall nicht zu. Zwei markante Abweichungen sind offensichtlich: Erstens werden die Ostdeutschen rechtlich im Prinzip ebenso anerkannt wie die Westdeutschen – und zwar vom ersten Tag der „Integration“ an. Der Entwicklungsbogen sittlich-rechtlicher Anerkennung ist also im deutschen Fall nicht zu

durchlaufen. Zugleich jedoch erweisen sich die sittlichen Anerkennungsdefizite als hartnäckig. So sehr die Ostdeutschen als Staats- und Wohlfahrtsstaatsbürger rechtlich anerkannt sind, soziokulturell – und in dessen Folge auch sozialstrukturell – bleiben sie bis heute Subalterne. Zugleich sehen sich jedoch in ihrer Missachtung keinem strategisch handelnden Akteur gegenüber. Weder „die“ Westdeutschen, klar abgrenzbare westdeutsche Elitefraktionen noch relevante ökonomische oder politische Korporativakteure verfolgen eine konsistente Ungleichheitsstrategie gegenüber „den“ Ostdeutschen. Zweitens handelt es sich – gleichsam komplementär zur diffusen Missachtungsseite – auch bei den Ostdeutschen nicht um ein *kollektives Handlungssubjekt*, wie dies für die Arbeiterbewegung oder die Frauenbewegung jedenfalls über eine längere historische Periode zutraf und als Voraussetzung für den erfolgreichen „Kampf um Anerkennung“ (Axel Honneth) angesehen werden muss. Es lässt sich vor dem Hintergrund zunehmender generationaler und sozialstruktureller Differenzierungsprozesse auch nicht absehen, dass „die“ Ostdeutschen in der Zukunft eine *soziale Bewegung* und entsprechende *soziopolitische Korporativakteure* (Parteien oder Vereine) hervorbringen. Aller Versuche einer übergreifenden Subjektformierung oder wenigstens Netzwerkbildung *nach* 1989 – wie die „Komitees für Gerechtigkeit“, Foren in den und über den politischen Parteien – sind gescheitert.

(3) Dieses Anerkennungs- bzw. Missachtungsmuster: (*weitgehende*) *rechtliche Gleichstellung bei anhaltender sittlicher, vor allem soziokultureller Missachtung ohne diese tragende, strategisch handelnde Akteure sowie ausbleibende kollektive Subjektformierung auf der Seite der Missachteten* erscheint aber nur auf den ersten Blick und im Abgleich mit den „klassischen“ sozialen Ungleichheiten und Bewegungen als Sonderfall. Zieht man demgegenüber Bewegungen und Formen sozialer Ungleichheit des späten 20. Jahrhunderts wie die gegenwärtige *Frauenbewegung*, *ethnische und sexuelle Minoritäten*, aber auch die *neuen Armen und Ausgegrenzten* („Überflüssigen“) in den spätmodernen Gesellschaften des Westens sowie *post-koloniale Ungleichheiten und Subalternitäten* heran, sind unschwer phänomenale und strukturelle Ähnlichkeiten erkennbar. Forschungsansätze und Widerstandsbewegungen gegenüber diesen Missachtungsformen können wechselseitig voneinander lernen, wie mein mittelbarer Bezug auf *cultural* und *post-colonial studies* (z.B. Spivak 1996; Said 2002) sowie die unmittelbare Nutzung von Diskurs- und Bourdieuscher Praxistheorie (Laclau/Mouffe 2000; Bourdieu 1987, 1990) mindestens angedeutet haben. Diese Ansätze sind in der Lage, für Gesellschaften der globalen „Zweiten“ oder „Postmoderne“ zu erhellen, wie Herrschaft, Ungleichheit und kulturelle Subalternität jenseits *de facto ständischer* Rechtsordnungen und Sozialstrukturen funktionieren (vgl. auch Beck 1986), was heute bürgerlich-kapitalistische, d.h. immer ungleiche Anerkennungsverhältnisse konstituiert. Pointiert formuliert, wird einerseits quasi „*Naturales*“, nämlich nationale, regionale, familiäre Herkunft sowie – ggf. damit verbundene – äußerliche bzw. sich äußerlich manifestierende Merkmale: Hautfarbe, Gestalt, Größe, aber auch perzipierbare psychische und sexuelle Dispositionen *sozialisiert*. Sie werden Gegenstand soziokultureller Hegemonialisierungspraxen, aber auch neuer Identitätspolitik, vor allem von aufbegehrenden Minoritäten. Gerade weil klassische sozialstrukturelle Schranken abgeschafft,

aber auch tradierte Vergemeinschaftungsformen aufgelöst wurden, bilden sich an alle möglichen Distinktions-, Identifikations- und Kollektivierungsrelationen anschließend neue Formen heraus, die zuweilen in altem Gewande (wie ethnische Gemeinschaften in Metropolen) daherkommen, mit deren traditionellen Mustern aber kaum noch etwas gemein haben – bis auf den diskursiven Traditionsbezug selbst. Umgekehrt, als zweite Seite der Medaille, werden soziale Ungleichheiten und Anerkennungsdefizite *naturalisiert*. Der ostdeutsche Fall ist hier paradigmatisch. Die sozial generierten Missachtungen der Ostdeutschen führen über die problematisierten Exklusions-, Marginalisierungs-, und Subalternisierungsprozesse zu regionalen, schicht- und familienspezifischen Konzentrationen und intergenerationalen Tradierungen, die mittel- und langfristig zur *Ethnifizierung* sozialer Anerkennungsasymmetrien, einschließlich ihrer symbolisch-diskursiven Aspekte, führen (können) und generell Felder für neue „ständische“ Klassenbildungen öffnen (zur Debatte etwa: Barlösius 2004). Auch hier ist allerdings noch einmal auf die aktive Rolle der Missachteten hinzuweisen, zum Teil auf deren Einrichtung in der Subalternität, da sie eben in der „flüssigen Moderne“ (Zygmunt Bauman) auch *Identität*, mithin sozialen Halt, ja Heimat bietet. Parallel dazu werden indes eben durch die Hegemonialisierung subalterne Identitäten immer wieder in Frage gestellt, unterliegen Akkulturationen und individuellen Abkehren – sofern jedenfalls prinzipiell soziale Aufwärtsmobilität möglich ist. In beiden wechselseitig aufeinander bezogenen Bewegungen spielen strategische Handlungselemente eine keineswegs vernachlässigbare Rolle. Im Kern handelt es sich aber um einen durch die konstitutiven Strukturmomente bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung getragenen, immer wieder re- und neuproduzierten *sozialen Mechanismus*, der – um noch einmal Bourdieus Begriffsinventar zu nutzen – dem Habitus gleich zwar einerseits die rationale, auch strategische Verfolgung von Handlungszielen beinhaltet. Diese Ziele werden aber einerseits auch systematisch „verkannt“, d.h. die Subjekte verzerren und verpacken gleichsam ihre Handlungsgründe, um *soziale* Positions- und Rollenkonformität, Handlungskonsistenz sowie personale Identität zu gewährleisten. Andererseits werden ihre individuellen Handlungsziele infolge der Komplexität sozialer Feldstrukturen, Akteurkonstellationen und Handlungsfolgenverschlingungen niemals wirklich eingeholt. Vielmehr werden selbst die Ergebnisse wiederum zurechtgerückt, den Feldern und Habitus angepasst (Bourdieu 1990: 52-65; vgl. 1982, 1987, 2005). Diese sozialen Mechanismen (re)präsentieren – im doppelten Sinne – *Diskurse*, wobei nicht zuletzt den massenmedialen Bildungs- und Unterhaltungsdiskursen sowie deren ideologischen Formungen eine substantielle Bedeutung zukommt (Laclau/Mouffe 2000; Laclau 1991). Dabei bedeuten „soziale Mechanismen“ oder Diskurse weder Interesselosigkeit noch die Abwesenheit von Herrschaftsstrategien, sowenig sie Gegendiskurse und die positive „Transformation“ von Ungleichheit und Missachtung ausschließen.

(4) Der ostdeutsche Fall lässt diese doppelte Bestimmtheit noch einmal deutlich werden: Dass sich die Differenz von West- und Ostdeutschen vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, dem Zusammenbruch des Staatssozialismus, dem Abdanken seiner Funktionseelite und dem ökonomischen Leistungsgefälle als eine Quelle, als soziales „Material“ für soziale

Distinktionsprozesse und Ungleichheiten, einschließlich soziokultureller Missachtung herauskristallisieren würde, war infolge des *bürgerlich-kapitalistischen Anerkennungsregimes* – trotz seiner wohlfahrtsgesellschaftlichen Einbettungen und Entschärfungen – unvermeidlich; so unvermeidlich, wie es sittliche Missachtungen gegenüber beruflich Gescheiterten, Langzeitarbeitslosen, Drogenabhängigen oder von bestimmten Gruppen auch gegenüber Asylbewerbern, Kommunisten, Ostfriesen oder Pollacken (das Slangpejorativ für Polen) sind.

Die Missachtungsprozesse wurden aber verstärkt, systematisiert und insofern *einem eigenen Diskursuniversum* zugänglich, indem die *staatsrechtliche Vereinigung* 1990 nicht als wirkliche Vereinigung zweier gleichberechtigter Parteien (Art. 146 altes GG), sondern als „Beitritt“ von Einlass und Hilfe Begehrenden vollzogen wurde (Art. 23 altes GG), ein Weg, den die Mehrheit der Ostdeutschen und ihre parlamentarischen Vertreter 1990 frei (mit)wählten, der also keinesfalls ein westdeutsches Oktroi darstellte. Diese rechtsursprüngliche Inferiorität der Ostdeutschen qua „Inkorporation“ (Karl-Ulrich Mayer) wurde durch den Hauptmodus *im* politisch-rechtlichen Vereinigungsprozess: dem „Institutionentransfer“ (Gerhard Lehbruch) oder – wie ich sie nenne – der *exogenen* (d.h. vom Westen aus vorgenommenen) *Top-down-Transformationsstrategie* fortgesetzt und wenn man so will: vollendet (Kollmorgen 2005: Kap. II, V). Diese dominante Strategie war das Ergebnis des Anerkennungsmechanismus, einschließlich der darin eingebetteten Machtanstrengungen bestimmter westdeutscher Elitefraktionen, die endogene, traditionsorientiert *und* experimentell „von unten“ wachsende Gesellschaftlichkeiten in den neuen Ländern verhindern wollten.

(5) Eine letzte Bemerkung gilt der *europäischen, vor allem osteuropäischen Dimension*. Es ist offensichtlich, dass zwischen Ost- und Westdeutschland und (Mittel-)Ost- und Westeuropa strukturelle Analogien hinsichtlich der Fundierungen, Mechanismen und Folgen sozialer Anerkennungsverhältnisse bestehen. Die Diskussionen seit Ende der 90er Jahre und vor allem nach der „Osterweiterung“ im Mai 2004 um finanzielle Transferflüsse von West nach Ost, politische Entscheidungsregeln, instrumentelle Einstellungen zur EU und soziokulturelle Missachtungen zeigen dies nachdrücklich. Ich muss mich hier auf zwei Überlegungen aus der Vergleichsperspektive beschränken: Zum einen haben die Mittelosteuropäer wie die Ostdeutschen ihre soziale, hier *nationale Identität* mit dem Beitritt zur EU keineswegs geschwächt, sondern eher gestärkt. Dass also mit einer Ausweitung und Vertiefung der EU gleichsam automatisch nationale Identitäten schwinden, ist eine – wie im ostdeutschen Fall – unbegründete Erwartung. Vielmehr scheint sich eine neue Balance zwischen diesen Identitätsmustern herauszubilden, wobei die Zunahme an Unterschieden in der EU wie die partielle „Politik der Stärke“ durch einige etablierte Mitgliedsstaaten die nationalen Identitäten der Mittelosteuropäer eher wieder anwachsen ließ (vgl. zum Problem insgesamt Beichelt 2004). Zweitens zeigt der Umstand einer *staatsrechtlichen Eigenständigkeit* auch nach dem Beitritt zur EU – die eben Staatenbund ist und kein Bundesstaat -, dass die damit verbundenen Möglichkeiten der Einflussnahme, Mitgestaltung und diskursiven Selbstbestimmung bestehenden Missachtungstendenzen Grenzen setzt. In diesem

Zusammenhang erscheint der *Verfassungsprozess* für die Anerkennungsverhältnisse in Europa in höchstem Maße relevant, wobei er in seinem Verlauf und seinem bisherigen Scheitern nicht nur Probleme sozialräumlicher und institutioneller „Überdehnungen“ aufdeckt, sondern auch die angesichts des deutsch-deutschen Falls nachvollziehbare Befürchtungen vieler kleiner(er) Staaten, durch die Abgabe von Souveränitäts- und Vetorechten in die Fallen bürgerlich-kapitalistischer Missachtungsverhältnisse und ihrer dauerhaften Marginalisierungsfolgen zu geraten.

6. Strategien der Begrenzung und Überwindung der Missachtung Ostdeutscher

Wie können wir, d.h. die deutsche Gesellschaft, mit dem Problem der sittlichen Anerkennungsdefizite gegenüber den Ostdeutschen vor dem Hintergrund der diskutierten diskursiven (Re-)Konstruktionsprozesse sinnvoll umgehen? Welche Begrenzungs- und Überwindungsstrategien sind möglich?

(1) Ein erster Schritt besteht im Erkennen und Akzeptieren der *Komplexität*, also der multidimensionalen Verwobenheit und Einbettung der Anerkennungsverhältnisse, ihrer strukturellen und machtstrategischen Bedingtheiten sowie dilemmatischen Konstellationen. Das schließt die Anerkennung nicht-intendierter „Auflösungen“ der Missachtungsverhältnisse ebenso ein wie die zeitlichen Dimension und der Dilemmata potentieller „Lösungen“ (nicht zuletzt einer klassischen Minderheitenpolitik). Was sich in vierzig Jahren getrennt hat, kann – muss aber nicht – nur langsam und langfristig „zusammenwachsen“. Zugleich darf das deutsch-deutsche Anerkennungsproblem angesichts der Ambivalenzen, der querliegenden sozialen Ungleichheitsdimensionen sowie der insgesamt abnehmenden Bedeutung für soziale Identifikationen und Handlungsorientierung *nicht überdramatisiert* werden.

(2) Für eine sowohl gelassene als auch problemschärfende Sicht auf die Anerkennungsdefizite sind Erfahrungen anderer Nationalstaatsgesellschaften mit missachteten Minderheiten, insbesondere bei Vorliegen vergleichbarer staatlicher Vereinigungen (wie in Großbritannien, Belgien, Kanada, Italien oder auch Spanien) hilfreich. Sie lehren einerseits, dass auch bei Vorliegen langzeitiger Anerkennungsdefizite, starken sozialer Minderheitenidentitäten und selbst soziokultureller Separierungsprozesse die nationalstaatliche und gesellschaftliche Integration nicht notwendig in Frage gestellt sein muss. Andererseits zeigen vergleichbare Anerkennungskonstellationen, dass bestimmte Formen defizitärer Anerkennung von Bevölkerungsminoritäten, insbesondere solche mit starken sozialen Exklusionsmechanismen, sich kaum autogen auflösen. Vor diesem Erfahrungshintergrund muss im ostdeutschen Fall der Gefahr einer Ausweitung von Ethnifizierungstendenzen sowie einer Verklammerung mit Unterklassenstigmata und -mentalitäten begegnet werden. Neben der im deutsch-deutschen Fall gegebenen grundsätzlichen *rechtlichen Gleichheit* sind dazu einerseits die Entwicklung eigener *ökonomischer und weiterer gemeinwesenbezogener Leistungsfähigkeiten* (z.B. in Wissenschaft, Bildung, Kunst) notwendig, um nicht nur die sozialen Anspruchsrechte selbst

befriedigen, sondern auch die „materielle“ Basis sozialer Wertschätzung ausbauen zu können. Dazu liegt eine Reihe neuerer Vorschläge vor, die im vorliegenden Kontext nicht diskutiert werden können (für viele: Bundesregierung 2004, 2007; Dohnanyi/Most 2004; Busch 2005; Land 2006). Dabei ist freilich andererseits darauf zu achten, dass Ostdeutsche nicht allein als Beschäftigte und angestellte Manager, sondern zunehmend auch als Eigentümer ostdeutscher Unternehmen agieren können. Bekanntlich haben die Privatisierung der DDR-Staatsbetriebe wie die folgende Transformationsstrategie und Wirtschaftspolitik dazu geführt, dass auch heute noch die Ostdeutschen nur 20-25% des ostdeutschen Produktivvermögens besitzen, westdeutsche und wenige ausländische Kapitaleigner die „restlichen“ 75% (vgl. Reißig 2000: 50/51; Kollmorgen 2005: Kap. V). Diese Verteilung muss durch spezielle Förderprogramme geändert werden (vgl. z.B. Land et al. 1999), sollen die materiellen und performativen Ungleichheiten als eine Basis der Anerkennungsdefizite nicht verewigt werden. Darüber hinaus bedarf soziale Wertschätzung und deren ökonomische, aber weiter auch sozialstrukturellen und soziokulturellen Grundlagen einer *deutsch-deutschen Gleichstellungspolitik* in Anlehnung an die geschlechtliche, deren Institutionalisierung keinen überragenden ostdeutschen Korporativakteur voraussetzt, wohl aber Einsichten und Bereitschaften bei den wichtigen staatspolitischen Akteuren in den neuen Bundesländern selbst. Dabei würde es – auch in Rücksicht auf die Dilemmata von Minderheitenpolitiken – weder um ausufernde Förderrechte für Ostdeutsche noch um auf Bundesländer oder andere politische Akteure bezogene besondere Partizipations- oder Vetorechte gehen. Vielmehr könnten Gleichstellungsräte in öffentlichen Einrichtungen und Gemeinden insbesondere bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen – hier gibt es im Osten Regelungen –, vor allem aber bei der Besetzung von Stellen im höheren öffentlichen Dienst, bei der Auswahl politischer Mandatsträger und generell bei der Förderung und Auswahl politischer, administrativer, judikativer, wissenschaftlicher und künstlerischer Eliten auf eine angemessene Balance zwischen Ost- und Westdeutschen achten. Wenn es richtig ist, dass wir in Deutschland eine Geschlechtergleichstellungspolitik betreiben, die versucht, das Missverhältnis eines Frauenanteils von ca. 10% in z.B. wissenschaftlichen Führungspositionen bei knapp über 50% Bevölkerungsanteil schrittweise abzubauen, dann sollte es ebenso richtig sein, analoges bei einem Missverhältnis von durchschnittlich 50% ostdeutscher Eliteangehöriger in Ostdeutschland selbst, d.h. bei 95% Bevölkerungsanteil, oder gesamtdeutsch betrachtet: bei durchschnittlich 5% Eliteangehöriger unter den bundesdeutschen Eliten, und einem ca. 20%igen Bevölkerungsanteil anzustrengen.¹⁷ Ohne die soziopolitische Unterstützung vertikaler Aufwärtsmobilität Ostdeutscher und insofern der Bildung gesamtdeutscher Oberschichten und positionaler Eliten unter Inklusion eines angemessenen Anteils Ostdeutscher steigt das Risiko weiterer Ethnifizierungs- und Peripherisierungsprozesse deutlich.

¹⁷ Dieser Vorschlag „ostdeutscher Gleichstellungsräte“ ist eher als Gedankenexperiment zu begreifen, denn als konkretes politische Programmatik zu verstehen. Einerseits bleiben derartige Politiken – wie oben angesprochen – zwiespältig in ihren Wirkungen und Wirksamkeiten bis hin zu kontraintendierten Effekten (wie das Einrichten in Nischen oder die Interiorisation von Alimentierung). Andererseits kämen solche Gleichstellungsräte heute eigentlich zu spät. Darüber hinaus sind sie bundes-, aber auch landespolitisch nicht mehrheitsfähig.

(3) Aber die soziopolitischen Instrumente benötigen einen Unterbau. Das vielleicht entscheidende Mittel zum Abbau von Missachtung gegenüber den Ostdeutschen besteht in der *Reform, ja Transformation der soziokulturellen und darin soziomoralischen Diskurse* in Deutschland, vor allem der über Ostdeutsche und Ostdeutschland sowie zwischen Ost und West. Notwendig ist erstens ein wechselseitiges, vor allem westdeutsches Öffnen dem anderen gegenüber; gebraucht wird Neugier, Kennenlernen, das Bemühen, andersartige Geschichte, Erfahrungsräume und Resultate biographischen Lernens anzunehmen, sie verstehen zu wollen. Um dies zu befördern, müssen zweitens die Massenmedien und öffentlichen Bildungseinrichtungen weitaus stärker als bisher Ostdeutsche und Ostdeutschland in ihrer historischen und gegenwärtigen Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit vermitteln. Sie sollten neben der Thematisierung von „Irrwegen“, Verfehlungen, Mängeln, Verlorensein und postsozialistischer „Jammerei“ ebenso das Produktive und Findige, das Widerständige und die Chancen, die Vorzüge und Gewinne im neuen Osten zum Gegenstand machen, wobei dies drittens in allererster Linie eben durch Ostdeutsche bzw. in Kooperationsprojekten von Ost- und Westdeutschen zu geschehen hat. Bleibt diese Selbstthematisierung aus, drohen einerseits Belehrungen und Bekehrungen von oben, andererseits unkritische Abwehr und Rückzug in Nischen und geschlossene Identitäten. Wir brauchen aber den Austausch von kritischer und zugleich produktiver Selbstreflexion eigener Herkunft, eigenen Erlebens, eigenen Handelns und zwar in der ganzen Breite der ostdeutschen Gesellschaft. Für die Durchsetzung dieser Selbstbezüge und ihrer ungezwungenen, offenen, symmetrischen Kommunikation in Massenmedien und Bildung erscheinen mir ebenfalls Gleichstellungsrate ein sinnvolles Mittel der Unterstützung und Kontrolle. Erst wenn es gelingt, diese soziale Kommunikationsweise, einen neuen deutsch-deutschen Diskurs zu schaffen und aufrechtzuerhalten, lassen sich ideologische Blendungen, Freund-Feind-Schemata und darauf ruhende Negativstereotype überwinden, können langfristig ostdeutsche Sonderidentitäten abgebaut bzw. geöffnet, habituelle Exklusionsmechanismen reduziert werden, kann insgesamt eine neue gesamtdeutsche Sittlichkeit und soziomoralisch vermittelte Integration jenseits der Ost-West-Scheidung wachsen.

(4) Ein unerlässliches Moment in dieser möglichen soziokulturellen Bewegung hin zur Überwindung von Missachtungen Ostdeutscher ist und bleibt die *Entwicklung und Stabilisierung ostdeutscher Selbst(wert)schätzung*. Dabei sollten sich die Ostdeutschen nicht allein der Geschichte zuwenden, die sie sowohl als eigentliche Träger der deutschen Reparationslasten nach dem II. Weltkrieg wie und vor allem als jene deutsche Bevölkerung ausweist, die als einzige eine demokratische Revolution erfolgreich realisiert hat. Nicht weniger relevant sind die friedlichen, kreativen und vielfach gelungenen Umgänge mit dem radikalsten Gesellschaftswandel, den eine deutsche Gesellschaft in einem so kurzen Zeitraum je erlebt hat. Dieser Erfahrungs- und Bewältigungshorizont gepaart mit dem Leben in einem halbierten, weil de-industrialisierten und flexibilisierten Wohlfahrtskapitalismus sollte den Ostdeutschen das Selbstbewusstsein autonomer und produktiver Subjektivität, vielleicht sogar

– um es provokativ zu formulieren – das Selbstbewusstsein „vorangehender“ subjektiver Fähigkeiten und Kompetenzen vermitteln.

(5) Schließlich, und damit in einem Bogen zur ersten und basalen Form menschlicher Anerkennung zurück, wie sie oben kurz vorgestellt wurde (siehe 1.): *Liebe* kann zwar in modernen Massengesellschaften keine Form gesellschaftlicher Anerkennung sein noch werden, auch wenn manche Ostdeutsche im Vereinigungstaumel der ersten Monate an Liebe als den Kitt der deutsch-deutschen Gesellschaft und Solidarität geglaubt haben mögen. Verliebtsein und Liebe erscheinen aber gleichwohl als wichtiges Medium einer radikalen Aufhebung wechselseitiger Unkenntnis, von Anerkennungsängeln, Exklusion und auch der Aufrechterhaltung materieller Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschen.¹⁸ Liebe bietet insofern trotz ihrer Nichtübertragbarkeit auf gesellschaftliche Anerkennungsverhältnisse ein symbolisches Paradigma für die notwendige Offenheit deutsch-deutscher Diskurse unter der Bedingung von Gleichheit und Gleichwertigkeit der Beteiligten. Bisher haben wir in Deutschland von beidem: der realen Liebe zwischen ost- und westdeutschen Individuen (und folgenden Familiengründungen) und der sie verkörpernden Offenheit und vorbehaltlosen Anerkennung *zu wenig*.

Literatur

- Ahbe, Thomas/Gibas, Monika (2001): Der Osten in der Berliner Republik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1-2/2001 (<http://www.bpb.de/publikationen/BQ6TYM.html>, Zugriff am 22.08.2006).
- Alheit, Peter (2005): Modernisierungsblockaden in Ostdeutschland? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/2005: 32-40.
- Angermüller, Johannes/Bunzmann, Katharina/Nonhoff, Martin (Hg./2001): Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen. Hamburg: Argument.
- Arnsward, Ulrich (2004): Zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer. Expertise im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Berlin: Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
- Baethge, Martin et al. (2005): Deutschland im Umbruch. Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Baring, Arnulf (1991): Deutschland, was nun? Berlin: Siedler.
- Baring, Arnulf (1999): Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! München: DVA
- Barlösius, Eva (2004): Kämpfe um soziale Ungleichheit. Machttheoretische Perspektiven. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Bauer-Volke, Kristina/Dietzsch, Ina (Hg./2003): Labor Ostdeutschland. Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel. Berlin: Kulturstiftung des Bundes.
- Beck, Ulrich (1986): Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Beichelt, Tim (2004): Die Europäische Union nach der Osterweiterung. Wiesbaden: VS-Verlag.

¹⁸ Als Mittel des Ungleichheitsabbaus kann Liebe insofern fungieren, als die gigantischen, in den kommenden Jahren zu vererbenden Privatmögen in Westdeutschland ohne individuelle Verbindungen und Familiengründungen zwischen Ost und West in westlichen Landesteil verbleiben werden. Dann könnten die Vermögensungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschen (wobei die Ostdeutschen im Mittel über 30-40% der westdeutschen Vermögen verfügen – vgl. Datenreport 2004) in den kommenden Jahren sogar noch anwachsen.

- Bollinger, Stefan/Busch, Ulrich/Dahn, Daniela/Vilmar, Fritz (Hg./2000): Zehn Jahre Vereinigungspolitik: Kritische Bilanz und humane Alternativen. Berlin: Dr. W. Weist.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1990): The Logic of Practice. Stanford: Stanford UP.
- Bourdieu, Pierre (1992): Ökonomisches Kapital – soziale Kapital – kulturelles Kapital. In: ders. (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg: VSA: 49-79.
- Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre (2005): Was heißt sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien: Passagen.
- Bundesregierung (2004): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Berlin: September 2004.
- Bundesregierung (2007): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Berlin: September 2007.
- Bürklin, W./Rebenstorf, H. (Hg./1997): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen: Leske + Budrich.
- Busch, Ulrich (2005): Aufbau Ost - Bilanz und Perspektiven. In: Berliner Debatte – INITIAL, 16. Jg. (1):
- Busch, Ulrich/Schneider, Anja (2000): Zehn Jahre am Tropf. Vergebliches Warten auf einen selbsttragenden Aufschwung in Ostdeutschland. In: Berliner Debatte – INITIAL, 11. Jg. (4): 101-117.
- Busse, Tanja/Dürr, Tobias (Hg./2003): Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance. Berlin: Aufbau-Verlag.
- Datenreport 2004 (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem WZB und ZUMA, 2004). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Datenreport 2006 (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem WZB und ZUMA, 2006). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Derlien, Hans-Ulrich (2001): Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration. In: Bertram, H./Kollmorgen, R. (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen: Leske + Budrich: 53-76.
- Dieckmann, Christoph (2005): Deutschlands Medien und ostdeutsche Öffentlichkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/2005: 3-8.
- Dohnanyi, Klaus von/Most, Edgar (2004): Kurskorrektur des Aufbau Ost. Bericht des Gesprächskreises Ost der Bundesregierung (Redaktion: Dohnanyi, Klaus von/Most, Edgar). Hamburg/Berlin: o.O.
- Dümcke, Wolfgang/Vilmar, Fritz (Hg./1995): Kolonialisierung der DDR. Kritische Anmerkungen und Alternativen des Einigungsprozesses. Münster: Agenda.
- Engler, Wolfgang (1999): Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin: Aufbau-Verlag.
- Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau-Verlag.
- Evans, Owen (2005): „Denn wir sind anders“: „Zonenkinder“ in the Federal Republic. In: gfl-journal (German as foreign language), No. 2/2005: 20-32.
- Flatau, Sabine (2003): Vorwärts in die Vergangenheit. Ein Stück nachgebaute DDR als Ausstellung. In: Berliner Morgenpost vom 28.02.2003 (<http://www.morgenpost.de/content/2003/02/28/berlin/587600.html>, Zugriff am 24.11.2006).
- Förster, Peter (2006): Warum viele junge Ostdeutsche den Kapitalismus wieder loswerden wollen. Beispiel: Die 32-Jährigen. Manuskript. Leipzig (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/foersterstudie2006.pdf, Zugriff am 22.08.2006)
- Früh, Werner (2001): Fernsehen in Ostdeutschland. Vistas.
- Gensicke, Thomas (1998): Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Gensicke, Thomas (2001): Auf dem Weg zur Integration. Die neuen Bundesbürger nach der Einheit. In: Deutschland Archiv, 34. Jg. (3): 398-410.
- Gramsci, Antonio (1986): Zu Politik, Geschichte und Kultur. Leipzig: Reclam.
- Habermas, Jürgen (1999): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hg./2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Herles, Wolfgang (2005): Wir sind kein Volk! Eine Polemik gegen die Deutschen. München: dtv.
- Honneth, Axel (1994): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Honneth, Axel/Fraser, Nancy (2003): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt: Suhrkamp.
- Howard, Marc (1995): Ostdeutsche als ethnische Gruppe? In: Berliner Debatte – INITIAL, 6. Jg. (4/5): 119-131.
- Hüttmann, Jens (2004): Die „gelehrte DDR“ und ihre Akteure, Inhalte, Motivationen, Strategien: Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an deutschen Universitäten. Unter Mitarbeit von Peer Pasternack. HoF-Arbeitsberichte 4/2004. Wittenberg: HoF.
- Kaina, Viktoria (2002): Mit Herz und Konto? Zur Wertigkeit der deutschen Einheit in den alten Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B37-38/2002: 6-12.
- Koch, Thomas (1991): Deutsch-deutsche Einigung als Kulturproblem. Konfliktpotentiale nationaler Re-Integration. In: Deutschland Archiv, 24. Jg. (1): 16-25.
- Koch, Thomas (1999): Parteienwettbewerb und „politisch-kulturelle Hegemonie“ im Wahlgebiet Ost. In: Berliner Debatte INITIAL, 10. Jg. (2): 74-84.
- Kollmorgen, Raj (2005): Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag.
- Krüger, Thomas (2003): Überwindung der deutschen Teilung – noch eine Aufgabe der politischen Bildung? (Rede vom 24. Juni 2003; <http://www.bpb.de/presse/TF8FC4.html>, Zugriff am 20.08.2006)
- Laclau, Ernesto (1991): New Reflections on the Revolution of Our Time. London et al.: Verso.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2000): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen.
- Land, Rainer (2003): Ostdeutschland - fragmentierte Entwicklung. In: Berliner Debatte – INITIAL, 14. Jg. (6): 76-95.
- Land, Rainer (2006): Fragmentierte Wirtschaftsstrukturen zwischen Deindustrialisierung, Stagnation und Innovation. In: Berliner Debatte – INITIAL, 17. Jg. (5): 27-38.
- Land, Rainer et al. (1999): Kapitalbeteiligung als effektive Form der Wirtschaftsförderung. In: Berliner Debatte – INITIAL, 10. Jg. (4/5): 118-123.
- Machatzke, Jörg (1997): Einstellungen zum Umfang staatlicher Verantwortung. Zum Staatsverständnis der Eliten im vereinten Deutschland. In: Bürklin, W./Rebenstorf, H. (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration. Opladen: Leske+Budrich: 321-350.
- Marshall, Thomas H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a.M./N.Y.: Campus.
- MDR (2004): Ostdeutsche Eliten dünn gesät (MDR-Umschau vom 24.10.2004; <http://www.mdr.de/umschau/1658103.html>, Zugriff am 20.12.2004).
- Mindt, Felix R. (2003): Die Soli-Abzocke – Die Wahrheit über den armen Osten. Fulda: Eichborn.
- Mühlberg, Dietrich (1999): Nachrichten über die kulturelle Verfassung der Ostdeutschen. In: INITIAL, 10. Jg. (2): 4-17.
- Mühlberg, Dietrich (2005): Deutschland nach 1989: politisch geeint – kulturell getrennt? In: Kulturation. Online-Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik, 28.(3) Jg. (6, 2/2005).
- Neckel, Sighart (1997): Etablierte und Außenseiter und das vereinigte Deutschland. In: Berliner Journal für Soziologie, 7. Jg. (2): 205-215.
- Pasternack, Peer (2002): Einheit von Forschung und Lehre? Die DDR-Forschung und ihr Niederschlag im akademischen Lehrbetrieb. In: Deutschland Archiv, 35. Jg. (1): 43-51.

- Pohl, Rüdiger (2002): Ostdeutschland im 12. Jahr nach der Vereinigung. Eine Bilanz der wirtschaftlichen Transformation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B37-38/2002: 30-38.
- Pollack, Detlef (2000): Wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Wandel in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40/2000: 13-21.
- Pollack, Detlef (2003): Die Fremden. In: Busse, Tanja/Dürr, Tobias (Hg.): Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance. Berlin: Aufbau-Verlag: 295-308.
- Priewe, Jan (2001): Ostdeutschland 1990-2010 – Bilanz und Perspektive. In: AG Perspektiven für Ostdeutschland (Hg./2001): Ostdeutschland – eine abgehängte Region? Dresden: Junius Verlag: 16-47.
- Reißig, Rolf (2000): Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Berlin: Karl Dietz.
- Röper, Erich (2005): Die minderen Brüder und Schwestern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/2005: 19-25.
- Roth, Kersten Sven (2004): Wie man über ‚den Osten‘ spricht – Die ‚neuen Länder‘ im bundesdeutschen Diskurs. In: gfl-journal (German as foreign language), No. 2/2004: 16-36.
- Said, Edward W. (1994): Culture and Imperialism. New York et al.: Vintage.
- Schäfer, Eva/Dietzsch, Ina/Drauschke, Petra/Peinl, Iris/Penrose, Virginia/Scholz, Sylka/Völker, Susanne (Hg./2005): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse in Deutschland seit der Wende. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Schroeder, Klaus (2004): Die stillen Kosten der deutschen Vereinigung. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 26.09.2004, Nr. 39: 5.
- Sozialreport 2004. Daten und Fakten zur Lage in den neuen Bundesländern (hg. durch G. Winkler). Berlin: trafo verlag.
- Spivak, Gayatri C. (1996): The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak. London et al: Routledge.
- Szejnmann, Claus-Christian W. (2004): German Unification and the Involuntary Marginalization of Eastern Germans. In: gfl-journal (German as foreign language), No. 3/2004: 102-116.
- Thomas, Michael (1993): Die Wirkungsmacht sozialer Beziehungen im deutsch-deutschen Transformationsprozeß. In: BISS public, 1993 (11): 97-106.
- Tosa (Verlag) (2003): Die besten Witze aus der DDR. Wien: Tosa.
- Treibel, Annette (1999): Figurationen von Etablierten und Außenseitern im Vereinigungsprozeß. In: Berliner Debatte - INITIAL, 10. Jg. (4/5): 151-156.
- Vester, Michael (2001): Milieus und soziale Gerechtigkeit. In: Korte, K-R./Weidenfeld, W. (Hg.): Deutschland-TrendBuch, Opladen: Leske + Budrich: 136-183.
- Waldermann, Anselm (2007): Billiger Osten – Paradies für Rentner und Studenten. In: Spiegel Online vom 3.8.2007 (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,497843,00.html>, Zugriff am 11.11.2008).
- Woderich, Rudolf (1996): Peripherienbildung und kulturelle Identität. In: Kollmorgen, Raj et al. (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich: 81-101.
- Wolle, Stefan (1998): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Berlin: Christoph Links.
- Zoll, Rainer (1999): Ostdeutsche Biographien. Frankfurt: Suhrkamp.

ISOZ Arbeitsberichte/Working Papers

Erhältlich über das Sekretariat Makrosoziologie (Preis: je 2,50 €) oder kostenfrei als Download über die Homepage des Instituts: <http://www.uni-magdeburg.de/isoz/>

Nr. 1	Schrader, Heiko and Agliaya Toporova 2000: Dealing with Pawnshop Services in Saint Petersburg/Russia: The Customers' Perspective . 18 p.
Nr. 2	Dittrich, Eckhard 2000: Ungleich vereint - die deutsche Wiedervereinigung als sozialstrukturelles Projekt. 14 S.
Nr. 3	Angermüller, Johannes 2000: Narrative Analyse und gesellschaftlicher Wandel in der struktural-marxistischen Diskursanalyse am Beispiel von narrativen Interviews mit ArmenierInnen aus St. Petersburg. 20 S.
Nr. 4	Angermüller, Johannes 2000: Constructing National Identity among Ethnic Minorities in the Russian Federation - A Bourdieuean Perspective on Biographical Accounts of Armenians in Saint Petersburg. 18 p.
Nr. 5	Schrader, Heiko 2000: "Geld sofort" - Pfandkredit als Strategie der Lebensbewältigung im russischen Alltag. 27 S.
Nr. 6	Köhler, Georg 2001: Zur Tätigkeit der K1. Ein soziologischer Rekonstruktionsversuch zur Rolle und Stellung der Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei der DDR. 54 S.
Nr. 7	Dippelhofer-Stiem, Barbara und Jörg Jopp- Nakath 2001: Lehrveranstaltungen im Urteil von Studierenden. Ein empirischer Beitrag zur Qualitätsmessung. 148 S.
Nr. 8	Stojanov, Christo 2001: Zur Situation der Transformationsforschung. 15 S.
Nr. 9	Kollmorgen, Raj 2001: Postsozialismus im 21. Jahrhundert oder: Wozu heute noch Transformationsforschung? 44 S.
Nr. 10	Schrader, Heiko 2001: Akteurtheoretische Modifikationen für die kulturvergleichende Soziologie am Beispiel Russlands. 18 S.
Nr. 11	Dippelhofer-Stiem, Barbara 2001: Erzieherinnen im Vorschulbereich. Soziale Bedeutung und Professionalität im Spiegel sozialwissenschaftlicher Forschung. 41 S.
Nr. 12	Angermüller, Johannes 2001: Zur Methodologie einer textpragmatischen Diskursanalyse. Felder symbolischer Produktion von französischen Intellektuellen 1960 bis 1984. 21 S.
Nr. 13	Schrader, Heiko 2001: Vertrauen, Sozialkapital, Kapitalismen. Überlegungen zur Pfadabhängigkeit des Wirtschaftshandelns in Osteuropa. 30S.
Nr. 14	Hessinger, Philipp 2002: Mafia und Mafiakapitalismus als totales soziales Phänomen: Ein Versuch über die Beziehungen von Moral und Sozialstruktur in zivilen und nicht-zivilen Gesellschaften. 24 S.
Nr. 15	Schmidt, Melanie 2002: Wie gewaltbreit sind Jugendliche in Sachsen-Anhalt? 24 S.
Nr. 16	Dippelhofer-Stiem, Barbara 2002: Die Bevölkerung Sachsen-Anhalts im Portrait. Sekundäranalytische Auswertung amtsstatistischer Daten. 36 S.
Nr. 17	Schrader, Heiko, Nikolai Skvortzov, Boris Wiener 2003: The Islamic and Turkic Factors in Identity Formation Processes and Discourses on Separatism: Dagestan and Tatarstan Compared. 19p.
Nr. 18	Schrader, Heiko 2003: Globalization, Fragmentation and Modernity. 24p.
Nr. 19	Hellmann, Kai-Uwe 2003: Fremdheit als soziale Konstruktion. Vortrag an der FGSE im Juni 2003 im Rahmen des Habilitationsverfahrens. 19 S.
Nr. 20	Schrader, Heiko, Jyothi K.K, and Kamini Prakash 2003: Thrift and Credit Groups in the Formation of a Women's Cooperative. 12 p.
Nr. 21	Kollmorgen, Raj 2003: Analytische Perspektiven, soziologische Paradigmata und Theorien sozialen Wandels - Eine metatheoretische Skizze. 37 S.
Nr. 22	Kößler, Reinhart 2004: Transformation oder Modernisierung? Zur Konzeptionalisierung

	gesellschaftlicher Umbrüche, nicht nur in Osteuropa. 15 S.
Nr. 23	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Zur Situation von Kleinunternehmen in Bulgarien: Ergebnisse einer quantitativen Studie. 15 S.
Nr. 24	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Zur Situation von Kleinunternehmen in Tschechien: Ergebnisse einer quantitativen Studie. 15 S.
Nr. 25	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Zur Situation von Kleinunternehmen in Russland: Ergebnisse einer quantitativen Studie. 15 S.
Nr. 26	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Kleinunternehmen im Vergleich: Bulgarien, Tschechien, Russland. 26 S.
Nr. 27	Bhowmik, Sharit K. 2004: Politics of Urban Space in Mumbai: 'Citizens' Versus the Urban Poor. 11p.
Nr. 28	Schrader, Heiko 2004: Landnutzungsrechte als Entwicklungschance: Überlegungen zur städtischen Armutspolitik am Beispiel Mumbais. 20 S.
Nr. 29	Dischinger, Norbert/Mögel, Nicole A. 2004: Wer besucht ein Pfandhaus? Nutzer gewerblicher Mikrokredite in Deutschland. 22 S.
Nr. 30	Ivleva, Irina 2004: Aufstieg und Transformation der Straßenökonomie in Russland: Sozioökonomische Erfahrungen im Zuge der postsozialistischen Entwicklung. 15 S.
Nr. 31	Döll, Patricia 2005: Studieren trotz Krankheit? Zur psychosozialen Lage von kranken und behinderten Studierenden. 20S.
Nr. 32	Lehrforschungsgruppe Türkei 2005: Ist die Türkei reif für Europa? Orientierungshilfen zur Frage eines Beitritts der Türkei zu Europa. 64 S.
Nr. 33	Gruber, Denis 2005: Revision und Aktualität des Konzepts der strategischen Gruppen. 20 S.
Nr. 34	Bhowmik, Sharit K. 2005: Globalisation, Governance and Labour: A Perspective from India. 10 p.
Nr. 35	Dippelhofer-Stiem, Barbara 2005: Wie gesund sind die Menschen in Sachsen-Anhalt? Befunde des repräsentativen Bevölkerungssurveys „Gesundheit und Wohlbefinden 2003“ im Überblick. 34 S.
Nr. 36	Gruber, D., A. Kirschner, S. Mill, M. Schach, S. Schmekel, Hardo Seligmann: Living and Working in Slums of Mumbai. 47p.
Nr. 37	Potter, Jens 2006: Das deutsche Gesundheitswesen - Ausgewählte Befunde zu den Wünschen und Erwartungen der Bevölkerung Sachsen-Anhalts. 22 S.
Nr. 38	Schrader, Heiko 2006: Social Equality and Social Justice: A Summary of theoretical and empirical approaches. 25 p.
Nr. 39	Schrader, Heiko 2006: Spar- und Kreditvereine als Mittel zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. 17 S.
Nr. 40	Kollmorgen, Raj 2006: Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa: Kontexte, Probleme, Aussichten. 19 S.
Nr. 41	Dippelhofer-Stiem, Barbara/Jopp-Nakath, Jörg 2006: Nach dem Magisterexamen. Einmündung in den neuen Lebensabschnitt und Ertrag des Studiums. Eine Befragung der Absolventinnen und Absolventen des Magisterstudiengangs an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. 46 S.
Nr. 42	Dittrich, Eckhard/Schrader, Heiko/Stojanov, Christo 2006: Die Entwicklung von Kleinunternehmen in Bulgarien, Tschechien und der Russischen Föderation. 22 S.
Nr. 43	Hessinger, Philipp 2006: Rationalitätskonflikte im Reorganisationprozess des Gesundheitswesens - mikropolitische Probleme und Forschungsbedarf. 35 S.
Nr. 44	Detka, Carsten 2007: Biographische Bedingungen für den Umgang mit einer chronischen Krankheit. 18 S.
Nr. 45	Mambetalina, Batima 2007: Lebensqualität in Kasachstan. Eine empirische Untersuchung. 24 S.
Nr. 46	Jopp-Nakath, Jörg/Dippelhofer-Stiem, Barbara 2007: Ein Dienstleister im Spiegel der Kundenzufriedenheit. Das Meinungsbild der Magdeburger Bürger und Bürgerinnen zur kommunalen Verwaltung der Stadt Magdeburg 2006. 38 S. und Anhang.

Nr. 47	Kollmorgen, Raj 2007: Transformation als Modernisierung. Eine meta- und gesellschaftstheoretische Nachlese. 21 S.
Nr. 48	Schrader, Heiko 2008: Entwicklungssoziologie - Eine Begriffsbestimmung. 21 S.
Nr. 49	Wendt, Sebastian 2007: Plattenbau, Loft oder Seniorenheim. Wie die Bevölkerung Sachsen-Anhalts in Zukunft wohnen wird? Ergebnisse der 3. Haushaltsprognose Sachsen-Anhalt 2006 bis 2025 . 30 S.
Nr. 50	Jopp-Nakath, Jörg/Dippelhofer-Stiem, Barbara 2008: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Stadtverwaltung Empeiria. Arbeitsmotivation, Identifikation und Zufriedenheit im Spannungsfeld von betrieblichen Herausforderungen und subjektiven Ressourcen. 86 S.